



Fronte an, sondern wir glauben, daß unsere ganze Tarifbewegung und Sozialreform durch mehr Konsequenz auf Seite wesentlich gefördert würde.

„Ein gefälschter Bericht.“

Daß unser Artikel über den Verband „Sitz Berlin“ und seine Sachabteilungen im Jahre 1907 kein Verständnis in Berlin finden würde, so schreibt die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ in ihrer letzten Nummer, wer wundert sich darüber? „Der Arbeiter“ („Sitz Berlin“) schlägt denn auch in seiner letzten Nummer los. Natürlicher muß unser Bericht (wir brachten denselben ebenfalls) „gefälscht“ sein. Ueber die Art, wie der „Arbeiter“ diesen Vorwurf begründet, dazu nimmt der Gewährsmann der „Westdeutschen“ nunmehr das Wort.

„Da haben wir etwas Schönes angerichtet,“ so schreibt er, „daß ich es wage, in die Geheimnisse von „Sitz Berlin“ hineinzuleuchten! Nun, wo es nichts mehr zu verheimlichen gibt, drehen die Berliner Herren mit gemachter Entrüstung den Spieß um und behaupten, in ihrem Verbande ginge alles in „weitereffentlicher“ vor sich. Wie stolz das klingt! Und doch konstatiere ich: Wenn von angeblich über 100 000 Mitgliedern nur 206 Delegierte den Geschäfts- und Spezialkassenbericht erhalten, und beide noch in sehr mangelhafter Form, wo kann man da von „weitererffentlicher“ reden? Die stenographischen Protokolle geben die wünschenswerte Klarheit nicht, ob sie an Nichtmitglieder abgegeben werden, wissen wir nicht. Jedenfalls ist es eine ständige Klage, daß kein Material über den Verband „Sitz Berlin“ mit seinen Sachabteilungen außer den beliebigen mitgeteilten Zahlen zu erhalten ist. Ich konstatiere ferner, daß der „Arbeiter“ seinen Spezialkassenbericht veröffentlicht hat; seine diesbezügliche Behauptung ist somit unwahr. Ferner: Der alljährliche Delegiertentag ist eine geschlossene Veranstaltung. Wer zu demselben Zutritt hat, darüber lasse ich am besten das diesjährige stenographische Protokoll reden, nach dem Herr Viz. Journelle ausführte:

„Ich bitte die anwesenden Gäste, die von mir zugelassen sind, am ersten Quersitz Platz zu nehmen; die übrigen Verbandsmitglieder, auch die Mitglieder des Verbandes der erwerbstätigen Frauen und Mädchen, die mit ihrem Verbandsbuch versehen sind, mögen auf den Seitensitzen Platz nehmen. (Hierauf folgt die Wahl dreier Legitimationsarten in Empfang zu nehmen und nachzuprüfen; ob die Delegierten richtig legitimiert sind.)

Es ist ferner notwendig, daß wir auch zwei Schriftführer für unsere Verhandlungen bestimmen. Wir haben allerdings einen stenographischen Berichterstatter und zugleich Presseberichterstatter, aber es ist notwendig, daß auch der Delegiertentag zwei Mitglieder bestimme, die besonders die Beschlüsse im Wortlaut anzunehmen haben.“

Vor Eintritt in die Tagesordnung forderte er nochmals auf: „Sie wir aber weitergehen, bitte ich auch noch die Herren am Eingang dafür zu sorgen, daß ein Berliner Delegierter die Mitgliedsbücher der anwesenden Verbandsmitglieder auf den Tribünen nachprüfe.“

Die „weitererffentlicher“, was? Ich erinnere alsdann den „Arbeiter“ daran, daß auf dem Delegiertentag nicht einmal die sonst im Germaniaaal tätigen Kellner bedienen durften, sondern eigens bestellte Mitglieder des dem Verband „Sitz Berlin“ angehörenden katholischen Kellnerbundes. Vielleicht erinnert er sich auch der Mahnung an die Delegierten, nichts liegen zu lassen, es könnte sonst leicht etwas verschwinden. So sieht die „weitererffentlicher“ der „Berliner“ aus.

Auf meine Bemerkung, daß selbst die eigenen Mitglieder einen Geschäftsbericht, der über die Fragen der inneren Verwaltung, Kassenverhältnisse und der übrigen Tätigkeit in Details Aufschluß gibt, nicht erhalten, entfährt sich der „Arbeiter“:

„Das sagt man zu schreiben in einem Artikel, in dem gleich in der folgenden Zeile darüber zu lesen ist: Der Geschäftsbericht pro 1907 umfaßt 2 1/2 Bogen, Seite in Maschinenschrift, und der Kassenbericht 1/2 Bogen, beidseitig bedruckt.“

Der „Arbeiter“ verurteilt sich selbst und weiß nicht viel Was sind 2 1/2 bzw. 1/2 Seite Geschäfts- und Kassenbericht für einen zentralisierten Verband von angeblich weit über 100 000 Mitgliedern? Ja, die Mitgliederzahl! Da ist mir wirklich das „Malheur“ passiert, daß ich in dem „Geschäftsbericht“ über sah, daß es bezüglich der Mitgliederzahl heißt, „seit dem letzten Pfingsten“. Daraus ist zu entnehmen, daß der Berichterstatter bezüglich der Mitgliederzahl von Pfingsten zu Pfingsten rechnet, mit den Beiträgen jedoch von Januar zu Januar. Das ist in anderen Organisationen nicht üblich, dort rechnet man mit allem von Jahr zu Jahr. Wenn es auf Klarheit ankommt, der tut das W, als selbstverständlich. Nun frage ich aber die „Berliner“ Verbandsleitung, woher will sie die genaue Mitgliederzahl zu Pfingsten d. J. haben? Es hatten bis zu diesem Tage von den 918 Verbandsvereinen nur 523 vom ersten Quartal abgerechnet, mithin 375 nicht. Wie kann da die Verbandsleitung eine sichere Mitgliederzahl angeben? — Man habe ich auch einen bestimmten Passus im „Geschäftsbericht“ „übersehen“. Ich hatte die Nr. 132 der „Germania“ vor mir liegen, und da heißt es in dem Bericht von dem offiziellen Presseberichterstatter:

„Dem Geschäftsbericht über das Jahr 1907 ist zu entnehmen: Der Verband hat sich auch in diesem Jahre sehr günstig entwickelt. Die Zahl der Vereine ist von 825 auf 988 gestiegen, d. h. um 163. Die Zahl der Vereinsmitglieder ist von 110 000 auf 123 000 gestiegen.“

Das ist das, was ich gesagt habe; dagegen hat „Sitz Berlin“ die Dementierprobe nicht losgelassen. Warum nicht? Aber ist „Sitz Berlin“ bei meiner Berechnung der Mitgliederzahlen etwa schlecht angekommen? Beliebig nicht! 10 bis 70 Pf. Wochenbeitrag erhebt der Verband. Unzweifelhaft steht aber der Durchschnittsbeitrag höher wie der von mir angenommene Satz mit 10 Pf. bei 48 Wochenbeiträgen im Jahr. Ja, Herr Viz. Journelle nimmt sogar 40 Pf. wöchentlich oder 20,80 M im Jahr an (Protokoll 1908, Seite 78). Ich halte die Summe für zu hoch. Aber selbst wenn ich nur 15 Pf. Durchschnittsbeitrag bei 48 Wochenbeiträgen annehme, dann behält der Verband katholischer Arbeitervereine („Sitz Berlin“) nur 74 320 Mitglieder. Und mehr wird er auch nicht haben. Wie „Sitz Berlin“ mit den Mitgliederzahlen jongliert, das illustriere uns eine kleine Zusammenstellung. Es werden an Mitgliederzahlen angegeben:

Table with 4 columns: Im Protokoll des Delegiertentages von 1907, Im Begründungsartikel der Germania Nr. 131 vom 7. Juni (offiziell), Geschäftsbericht 1908, Im Protokoll des Delegiertentages von 1908. Rows show data for years 1900 to 1907.

Ha, und — — ?

Ein besonderes Stüchchen leistet sich der „Arbeiter“ hinsichtlich meiner Angaben über den Kassenbericht. „Sehen wir uns die für die Öffentlichkeit bestimmten Berichte, Geschäfts- und Kassenbericht, etwas näher an,“ so schrieb ich, nachdem ich die entsprechende Angabe gemacht hatte. Nachdem ich alsdann durch eine Bekanntmachung der tatsächlichen Einnahmen eine Irreführung der Öffentlichkeit

aufgedeckt habe, entkräftet sich der „Arbeiter“ heuer darüber, daß ich den im Spezialkassenbericht gehaltenen Vermögensbestand gestrichen hätte. Aber wird doch jeder als selbstverständlich annehmen, da einem Spezialkassenbericht auch der Vermögensbestand halten sein wird. Ich habe den ja auch selbst geteilt. Aber um den Spezialkassenbericht, den nur paar Delegierten erhielten, handelt es sich ja nicht, denn um den der Öffentlichkeit übermittelten, und lautet:

Die Gesamteinnahmen betragen 1 068 560,68 M (603 574,37 M), die Ausgaben 745 134,60 M (445 176,29 M).

Dadurch wurde die Öffentlichkeit irregeführt, mußte festgestellt werden. Der „Arbeiter“ fällt schließlich, um eine angebliche „Fälschung“ konstatieren können.

Wenn ich in der „Westdeutschen“ bei den Einnahmen der Verbandskasse den Posten „dazu Bestand von“ stehen ließ, so war das etwas Boshaftigkeit von mir. Ich wollte den „guten“ Stand der Verbandskasse kennzeichnen. Wo bleiben aber nun im „Arbeiter“ Angaben über die Differenz von 15 069,82 M, die weder angegeben sind und wirklichen Einnahme besteht? „Berliner Rechenschaftler“ haben den Posten 19 der Ausgaben (siehe „Westdeutsche“ Nr. 28) den Einnahmen einmal zugezählt. Haben sie das noch nicht gefunden oder haben sie nicht den Mut zur Berichtigung? Bei „süßten groben Fälschung“ unterschlägt der „Arbeiter“ daß ich bei Erwähnung der Verwaltungskosten sagte, „der Ausgaben für das Verbandsorgan um“. Verzeiht mir ich dem „Arbeiter“, daß er die Summe von 307 681 Mark durch Zusammenzählen der Posten von 2 bis 19 Ausnahme von 17 der Ausgaben, sowie die sächlichen Ausgaben der Sachabteilungen erhält. Auch daß ich Kosten der Arbeitersekretariate mit zu den Verwaltungskosten rechne.

Ich führte an, daß in der Spezialabrechnung die Angaben über die Verwaltungskosten der Männer- und Frauenverbände gemacht seien, dagegen scheine mir Posten „Gehälter“ als zu niedrig. Darauf geht der „Arbeiter“ merkwürdigerweise nicht ein, macht auch keine Angaben über die übrigen Unterstützungseinrichtungen. Jahre 1904 z. B. wurden 6918,50 M für die Männer, 3095,17 M für die Frauenverbände an Verwaltungskosten abgegeben. Nun habe ich mich der Mühe unterzogen u habe die wöchentlich gezahlte Sterbeunterstützung, die „Arbeiter“ regelmäßig bekanntgegeben wird, zusammengezogen, und ergibt das die Summe von 88 700 M. der Spezialabrechnung dagegen sind 114 826,54 M angeführt, also ein Mehr von 26 126,54 M. Wofür diese Summe verwendet worden? Bitte! Es heißt in der Abrechnung „Sterbeunterstützung“ und „Mitzahlungen“. Der letztere Posten kann aber kaum ein Gewicht fallen. Wir fragen noch einmal: Wo wande die Tausende hin, die als gezahlte Sterbeunterstützung bucht werden? Besteht vielleicht ein Zusammenhang zwischen dem niedrigen Gehälterkonto und der angezeigten Differenz? „Sitz Berlin“, keine Mitglieder haben Recht, Klarheit hierüber zu verlangen!

Womit sucht der „Arbeiter“ meine Angaben über das Pflanzchen „Nährmichnichtan“ der Sachabteilungen abzutun? Ich habe nach der Jahreseinnahme die Mitgliederzahl berechnet und allein schon damit zweifelsfrei dargetan, daß es mit den 19 000 Mitgliedern, die a 45 Tarifbeiträgen beteiligt sein sollen, offenkundig Schwindel ist. Ich hätte vollkommen recht, wenn ich an nahm, daß „Sitz Berlin“ sämtliche „Arbeiter“ Vereinsmitglieder, somit Bauern, Lehrer, kleine Unternehmer und andere Beamte an einem von einer Sachabteilung, die vielleicht 10-20 Mitglieder zählt, abgeschlossenen Tarif mitpartizipieren läßt, denn die Sachabteilungen werde

Deutschlands Talsperren.

Von Dr. R. Hennig.

Nachdruck verboten.

Der Talsperrenbau in Deutschland blickt gegenwärtig auf eine noch nicht 19jährige Geschichte zurück, und dennoch ist man bereits jetzt wohl berechtigt zu sagen, daß er im Wirtschaftsleben des deutschen Volkes ein ganz ungewöhnlich bedeutender Faktor ist oder noch zu werden vermag. Zweifellos steht die Entwicklung der deutschen Talsperren zurzeit noch in den Anfängen, aber dennoch hat sich dieser Zweig der Technik schon jetzt von großem Segen für viele Gebiete unseres Vaterlandes erwiesen und man darf hoffen, daß wir bei systematischem Fortschreiten auf dem einmal betretenen Wege nicht nur in Bezug auf Wasser- und Eisversorgung, Gewinnung von billiger elektrischer Kraft und Beleuchtung, Schifffahrt, Fischerei usw. ökonomische Werte von unschätzbbarer Bedeutung schaffen, sondern uns auch bis zu einem hohen Grade unabhängig machen werden von elementaren Naturkatastrophen, von den verberblichen Wirkungen von Dürre, Überschwemmungen, Wolkeneis usw.

Es ist in erster Linie das unvergeßliche, nicht genug zu schätzende Verdienst des großen hessischen Wasserbauingenieurs Zube, der uns am 28. Dezember 1904 leider allzu früh entzissen wurde, daß die Frage der Talsperren bei uns in Deutschland in Fluss kam und daß die ersten Anlagen, die in Deutschland geschaffen wurden, in Bezug auf Zweckmäßigkeit und technische Vollkommenheit lediglich Leistungen waren. Seit dem 4. Mai 1889, dem Tage, an dem man mit dem Bau der ersten deutschen Talsperre (bei Hemsheid) begann, sind allein in Preußen (Spreeland, Westfalen, Provinz Sachsen, Schlesien, Westpreußen) bisher binnen 19 Jahren 25 Talsperren geschaffen worden, deren gesamtes Fassungsvermögen 120 Millionen Kubikmeter Wasser beträgt; 15 weitere Talsperren, deren Fassungsvermögen zusammen 400 Millionen Kubikmeter ausmacht und deren Kosten auf 50 Millionen geschätzt werden, sind gegenwärtig im Bau. Die Dimensionen der einzelnen Sperren variieren naturgemäß sehr erheblich, ebenso die Kosten der Anlagen. Unter den bisher bestehenden Talsperren ist die weitaus größte diejenige des Rheins bei Gumbach in der Höhe, die 45,3 Millionen Kub. Meter faßt, 4 Millionen Mark Kosten verursacht hat und aus der die weitaus höchste Sperrmauer, von nicht weniger als 88 Meter Höhe besitzt, während die gegenwärtig im Bau befindliche bei 33 Meter Länge sich im Bau befindet.

Die Urstalsperre ist zurzeit die größte Talsperre Europas; sie wird aber den Vorrang bald an eine andere abtreten müssen, an der gegenwärtig noch gebaut wird, nämlich an die Sperre von Mauer am Rober, das etwas unterhalb von Hirschberg gelegen ist. Diese Sperre wird mit 50 Millionen Kub. Fassungsvermögen alsdann die größte sein, voraussichtlich aber auch nur einige Jahre hindurch, denn schon ist eine noch um mehr als das Doppelte größere Talsperre geplant, die vom Rührstalsperrenverein im Röhnetal errichtet werden soll, etwa 10 Kilometer oberhalb der Mündung der Röhne in die Ruhr, bei den Dörfern Günter und Brünningen. Durch diese Sperre soll vermittels einer 580 Meter langen Mauer ein Stausee von nicht weniger als 130 Millionen Kub. Inhalt geschaffen werden. Die Bedeutung dieser Zahl mag man ermeßen, wenn man hört, daß z. B. der größte Eissee, der Laacher See bei Andernach, nur 107 Millionen Kub. Wasser enthält! Eine andere sehr große Sperre, die sich freilich mit der vorgenannten nicht vergleichen kann, wird demnächst im Harz entstehen, am Dietrichberg oberhalb von Romlerhall, dort wo das Altenauer und das Schalenburger Tal ins Oertal einmünden; hier wird mit einem Kostenaufwand von 8 1/2 Millionen Mark eine Sperrmauer von 56 Meter Höhe und ein Stausee von 30 Millionen Kubikmeter geschaffen werden.

Nun weisen ja zwar die weitaus meisten Talsperren Deutschlands erheblich bescheidenere Dimensionen auf; die 10 Meter hohe und 100 Meter lange Sperre von Lenne, die besonders klein ist, bedingt z. B. einen Stausee von nur 117 Kubikmeter Inhalt und 3,2 Hektar Flächenausdehnung. Dennoch aber geht aus dem Gefagten hervor, daß bei Schaffung der Talsperren sowohl von staatlicher wie von privater Seite mit einem Riesenaufwand an Mitteln gearbeitet wird. Es ist ja nun von vornherein klar, daß die aufgewendeten Ausgaben sich offenbar gut rentieren müssen, da man mit so großem Eifer allenthalben neue Sperren schafft; aber läßt sich ein entsprechender Nutzen der Talsperren wirklich nachweisen? und worin ist er zu suchen?

Bis zu einem gewissen Grade populär geworden sind die Talsperren infolge ihrer Eigenschaft, bei großen Hochwässern im Gebirge oder bei harter Schneeschmelze die allzu reichen Zuflüsse zu den Gebirgsflüssen abzurufen und in unschätzblicher Weise abzustauen, bis sie in ruhigen Zeiten des Menschen Wille nach Gütthäfen fließen und ohne Gefahr für die Umgebung zu Tal fließen. Diese schätzbare Eigenschaft werden die Talsperren einmal in dem den Hochwässern so besonders großer

und häufig heimgeuchten schlesischen Gebirge in vollster Maße entfallen können. Die ungeheure schlesische Wolkeneisbruch-Katastrophe vom 28.-30. Juli 1897 war ja auch der Hauptanlaß, daß man die Frage der Talsperren die bis dahin nur im rheinisch-westfälischen Industriebezirk angelegt worden waren, im größeren Umfange ernstlich zu erörtern begann, besonders im Hinblick auf eine energische Abwehr ähnlicher Verwüstungen in Schlesien, wie sie 1897 vorgekommen waren. Die Folge dieser Erwägungen war das schlesische Hochwasserabwehrgesetz von 1900, wodurch mit einem veranschlagten Kostenaufwand von 12 1/2 Millionen Mark vor allem eine Regulierung der gefährlichsten schlesischen Flüsse, des Rober und des Queis ins Leben gerufen wurde. 1901 begann man mit dem Bau der ersten schlesischen Talsperre, bei Marklissa am Queis, die noch ein Werk Inges war und am 5. Juli 1905 feierlich eingeweiht wurde. Bei den Hochwassern im Juli 1905 vermochte sie ihre Wirksamkeit noch nicht zu erweisen, aber bei den letzten, durch Wolkeneis herbeigeführten Überschwemmungen um Mitte Juli 1907 hat sie ihre Feuerprobe glänzend bestanden und mit ihrem beständigen Fassungsvermögen von 15 Millionen Kubikmeter Wasser die gewaltigen Regenfluten in ihrer verberblichen Wirkung mit bestem Erfolge paralytisiert. Die beiden noch im Bau begriffenen Oberstalsperren von Mauer und Buchwal konnten leider im Sommer 1907 noch nicht in Aktion treten, und das Hochwasser, insbesondere das Hirschberger Tal, hat daher auch bei diesen letzten Überschwemmungen ungleich mehr gelitten, als das bereits geschützte Queisial.

Der Schutz gegen Überschwemmungsgefahren, wie ihn die Talsperren in Schlesien und auch an der Wupper in erster Linie bieten sollen, stellt aber wie gesagt, nur eine Seite ihrer volkswirtschaftlichen Aufgaben dar. Andere Talsperren entstehen wieder zu dem ausgesprochenen, gegenteiligen Zweck: der Umgegend in Zeiten der Dürre und des Niedrigwassers das fehlende Element in genügender Menge zuzuführen, sei es zur Erzielung eines ausreichenden hohen Wasserstandes auf schiffbaren Wasserwegen, sei es zur regelmäßigen Beschaffung von gutem Trinkwasser usw. Die Talsperren im Weserggebiet z. B. haben hierin ihre Hauptaufgabe zu suchen, indem sie der Weiser und dem Wesertal in trockenen Zeiten das zur Erzielung eines ausreichenden Abwehens erforderliche Wasser zuführen sollen. Der Gewinnung von gutem Trinkwasser wegen werden hingegen die teils schon gebauten teils geplanten Sperren bei Chemnitz, Mauer und Göttsch und Werdhausen in erster Linie dienen. In dieser Stelle darf erwähnt werden, daß gegenwärtig auch bereits

mit dem „123 000“ Mitglieder zählenden Verband identifiziert. Ich sagte, daß an einem Tarifvertrag nur berufsangehörige teilhaben. „Sitz Berlin“ erlaubt sich anders zu operieren. Wie tut der „Arbeiter“ meine Forderungen ab? Statt Zahlen, unwiderlegliche Zahlen zu bringen, macht er in der widerlichsten und verwerflichsten Demagogie, indem er schreibt:

„Der Verbandsvorstand, an dessen Spitze drei unter kirchlicher Autorität stehende geistliche Herren sich befinden; der Delegiertentag, dem eine große Zahl hochstehender katholischer Geistlicher aus den meisten Diözesen Deutschlands sowie ca. 300 Vereinsdelegierte, meistens die hervorragendsten Mitglieder ihrer Vereine und Bezirke, angehörten, allen vor aller Öffentlichkeit „zweifelloser Schwindel“ (1), grobe Täuschung (1), Irreführung der öffentlichen Meinung (1) usw. betrieben haben!“

Refer! Merkt du was?! Wo Beweise fehlen, muß die „geistliche Autorität“ herhalten. Ist es nicht einleuchtend, wie hier die „geistliche Autorität“ mißbraucht wird, um handgreifliche, unwiderlegliche Unrichtigkeiten zu decken!

Bliebe mir nur mehr übrig zu beweisen, daß „Sitz Berlin“ mit seinem der Öffentlichkeit übergebenen Bericht diese in der Tat irreführend hat. Die „Hilfe“ (Nr. 25) vom 21. Juni d. J. schreibt:

„Die katholischen Arbeitervereine Deutschlands haben ihren Delegiertentag in der Pfingstwoche in Berlin in den Germania-Festhallen abgehalten und mit einem Gebet zum heiligen Joseph eingeleitet. Die Zahl der Vereine ist im letzten Jahre (?) um 825 auf 988 gestiegen und die der Vereinsmitglieder von 10 000 auf 123 000. Die Gesamteinnahmen betragen Mart 1 058 560.“

Die „Soziale Praxis“ (Nr. 39) vom 25. Juni d. J.: „Der Verband katholischer Arbeitervereine, der am 10. und 11. Juni in Berlin seinen 11. Vertretertag abhielt, umfaßte Ende 1907 (?) 988 Vereine mit 123 000 Mitgliedern gegenüber 825 mit 110 000 im Vorjahre. Die Gesamteinnahmen übertreffen mit 1 058 560 M. (?) die der evangelischen Arbeitervereine um ein Duzendfaches.“

So — das genügt! Nun weiß man, wo die „Hilfser“ her!

### Rundschau.

**Im Kampfe um das Koalitionsrecht.** Das Gemeindekollegium der Stadt München nahm am 23. Juli nach längerer Beratung einen Antrag an, wonach künftighin städtische Lieferungen nur an solche Firmen vergeben werden sollen, welche die Koalitionsfreiheit ihrer Angestellten, Arbeiter und Bediensteten in vollem Umfange wahren. Dieses Vorgehen richtet sich gegen die bayerischen Metallindustriellen, die ihren Beamten das Koalitionsrecht rauben wollen. Auch das Nürnberger Gemeindekollegium hat sich mit der gleichen Angelegenheit beschäftigt. Der liberale Stadtmagistrat hat jedoch dem Antrag die Sache verwässert, daß die Metallgewaltigen nicht mehr zu berücksichtigen haben, von Lieferungen der Stadt Nürnberg ausgeschlossen zu werden.

**Ausländische Arbeiter im Tiefbauwerke.** Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ veröffentlicht nunmehr das Schreiben des preussischen Eisenbahnministers, das auf die Eingabe des Verbandes Deutscher Tiefbauunternehmer, betr. die Beschäftigung ausländischer Arbeiter, einlief:

„Dem Bedürfnis der Tiefbauunternehmer nach Gewinnung geeigneter Arbeitskräfte wird im Bereiche der mir unterstellten Verwaltung bereits nach Möglichkeit Rechnung getragen. So ist die frühere Bestimmung der allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Erd-, Fels-, Korb- und Böschungsarbeiten, wonach bei der Umahme von Arbeitern die einheimischen, besonders aber die in der Gegend der Arbeitsstelle wohnenden geeigneten Arbeitskräfte vorweg von dem Unternehmer zu berücksichtigen waren, aufgehoben, und es ist den Unternehmern ausdrücklich anheim-

gestellt worden, ihren Bedarf an Arbeitern durch Heranziehung ausländischer Arbeiter zu decken. In wie ausgedehntem Maße hiervon Gebrauch gemacht worden ist, beweist die Tatsache, daß beispielsweise allein von den Unternehmern staatlicher Eisenbahnbauten um die Mitte des vorigen Jahres über 23 000 ausländische Arbeiter beschäftigt wurden. Zu derselben Zeit wurden von den bei der Ausführung staatlicher Hoch- und Wasserbauten tätigen Unternehmern unter 18 500 Arbeitern 1950, also 10 Prozent Ausländer, beschäftigt. Bei den nach dem Wasserstraßengesetz vom 1. April 1905 auszuführenden großen Wasserbauten wird die Heranziehung ausländischer Arbeiter noch besonders erleichtert werden. Die in der Eingabe vom 11. v. M. erwähnte Unterstützung der deutschen Feldarbeiterzentrale soll dabei auch den Tiefbauunternehmern werden. Die Vauobehörden haben den Auftrag erhalten, der genannten Zentrale die Namen der in ihrem Bezirk tätigen Unternehmer bekannt zu geben, damit sie sich von vornherein an diese mit ihrem Arbeiterangebot wenden kann, und die Unternehmer werden in der Lage sein, sich mit der Zentrale unmittelbar in Verbindung zu setzen. Auch bei der Heranziehung polnischer Arbeiter sind den Tiefbauunternehmern keinerlei Schwierigkeiten bereitet worden. Alle im Jahre 1907 von Tiefbauunternehmern gestellten Anträge auf Zulassung polnischer Arbeiter sind unter meiner Zustimmung vom Herrn Minister des Innern genehmigt worden. In gleich entgegenkommender Weise ist auch im laufenden Jahre verfahren worden, und bei den erwähnten großen Wasserbauten werden nach einer mit dem Herrn Minister des Innern getroffenen Vereinbarung die von den Unternehmern ausgehenden Anträge, soweit möglich, Berücksichtigung finden.“

Das nennt man Entgegenkommen! Freilich, mit dem Schuß der nationalen Arbeit verträgt sich das ja nicht. Das ist eine offensibare Begünstigung der ausländischen Arbeiter, und fordert zum schärfsten Protest heraus. Tausende deutscher Arbeiter sind arbeitslos, während sie zusehen müssen, wie Ausländer an ihren Heimatsorten beschäftigt werden. Ein Standa! ist es geradezu, daß nun auch noch ein von deutschen Steuerzahlern unterstütztes Institut, die Feldarbeiterzentrale, die Vermittlung der Ausländer an die Tiefbauunternehmer übernehmen soll. Lebt denn dieser preussische Minister, der dieses Schreiben mit seinem Namen deckt, nicht in Deutschland und im Leben der Wirklichkeit? Es ist dringend notwendig, daß eine Korrektur an diesem Erlaß vorgenommen wird, nötigenfalls an dem betr. Minister selbst.

**Ich möchte wohl, aber ich mag nicht.** Am 18. Juli wurde in Mainz in der Generalversammlung der Mainzer Ortskrankenkasse, die sich vollständig in den Händen der Sozialdemokraten befindet, über einen Antrag des christlichen Gewerkschaftsrates verhandelt, der die Einführung der Verhältniswahl für die Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse fordert. Die anwesenden 13 Arbeiter sprachen sich für den Antrag aus, die anwesenden 15 Sozialdemokraten lehnten denselben einstimmig ab. Sie erklärten zwar in einer Resolution, im Prinzip dem Antrag sympathisch gegenüberzustehen, ihn aber trotzdem abzulehnen, weil derartige Bestrebungen von den Antragstellern und ihren Freunden überall da, wo sie die Mehrheit in Körperschaften bilden, (??) systematische Bekämpfung fänden. Diese Motivierung ist billig wie Brombeeren. So sieht die sozialdemokratische Theorie in der Praxis aus. Wir haben daher die schwüligen Phrasen am Krankenbett gleich für Schwindel gehalten. Im benachbarten Weissenau, das mit Mainz nahezu verbunden ist, beschloß die Generalversammlung der dortigen Ortskrankenkasse, die sich in den Händen der Christlichen befindet, die Einführung der Proportionalwahl. Das sind die Christlichen.

**Ein Jdhl.** Dem „Reichenbacher Tageblatt“ (Schlesien) Nr. 80 entnehmen wir folgende reizende Schilderung: „Die Zimmerer der Kaufirma Rob. Klatt (Inhaber Robert und Georg Klatt) halten fest und treu zusammen und alle Jahre unternehmen sie einen Sommerausflug mit Familienangehörigen und Beamten der Firma. Dies Jahr war eine Wagenpartie in die oberhalb Lampersdorf idyllisch gelegene Brandmühle vorzugehen, die auch bei schönstem Wetter über Peiskau, Hah-

dorf, Peigelsdorf und Lampersdorf vorgenommen wurde. Ueber Peterswalbau und Langenbielau trafen die Steinmetzen der Zugehörigen der Firma ein. Zum Freude der Zimmerer war auch einer ihrer Chefs, Baumeister Georg Klatt nebst Gemahlin, erschienen und nahmen nebst anderen geladenen Gästen auch an der Mittagstafel teil. Nach dieser fanden in verschiedenen Gruppen Waldpartien statt, worauf der Kaffee wiederum gemeinschaftlich eingenommen wurde. Die Zahl der Teilnehmer betrug gegen 80. Es folgten verschiedene Volksspiele, wie Schachspielen usw., auch dem Wasserport wurde durch Kahnfahrten gehuldigt. Um vier Uhr begab sich die Gesellschaft in den Saal, wo die Entfaltung einer schmunzigen Fahnstunde stattfand, die — wie Raubvögelhafter Pfeiffer in seiner Weiserede ausführte, — zur Erinnerung daran gestiftet worden ist, daß es nun 10 Jahre her sei, seit die Zimmerer der Firma Klatt denartige gemeinschaftliche Ausflüge veranstalten. Wie dieser, machte auch der Polier Kaffera zu weiterem festen Zusammenhalten und brachte auf die Firma Klatt ein Hoch aus. Baumeister Klatt sprach in kerniger Ansprache seine Freude aus über das Zusammenhalten seiner Zimmerer, die nicht zu denen gehören, welche nur noch die Scheidewand Arbeitgeber und Arbeitnehmer kennen, sondern noch die Erkenntnis haben, daß auch im Bauhandwerk der alte Spruch Bedeutung finden muß: „Meister ist, wer was erman, Geselle, wer was kann, Mehrbursch jedermann“. Man könne es niemandem verdenken, wenn er sich seine Arbeit so hoch bezahlen lasse, wie es geht, doch jeder müsse auch die Zeit- und anderen Verhältnisse in Betracht ziehen, und das geschehe seitens der Zimmerer in erzieherlicher Weise. Dieser ernsten Ansprache folgten noch einige humoristische, in den Rahmen des Festes eingepasste und geschah auch die Dekorierung von drei Zimmerern, welche länger als 25 Jahre bei der Firma Klatt in Arbeit stehen, in humoristischer Form mit Orden, die ihnen allerhöchst die Baubudenkommission zuerkannt hatte. Baumeister Klatt knüpfte hieran die Erwartung, daß diesen nützlichen Auszeichnungen auch die wohlverdienten der Handwerkerkammer folgen werden. Er werde hierfür seine besten Mitarbeiter in Vorschlag bringen und hoffe er, daß ihr Beispiel b... deren anspornen werde, gleich wieder ihre Pflicht zu tun. Von diesen steht Wilhelm Friebe-Reichenbach 32 Jahre, Hermann Richter-Reichenbach 28 Jahre und Heinrich Hanke-Verholzborf 27 Jahre in dem Klattischen Baugeschäft in Arbeit. Nachdem noch Geschäftsführer Haase-Stein-Lunzenborf ein Fahnband mit sinniger Widmung gestiftet hatte und ein humoristisches Festlied gesungen worden war, trat der Tanz in seine Rechte. Es wurde demselben trotz der herrschenden Hitze flott gehuldigt, bis der Schluß des Festes, die Heimfahrt, herannahte, die bei prächtigem Mondschein glücklich vorstatten ging.“

Scheint das aber glänzend zu sein! Wir befürchten nur, daß diese Zimmerer für den Sommerausflug ihr Koalitionsrecht preisgegeben haben.

**Sozialdemokratie und Tarifverträge.** Nach dem Vortrag eines Dr. Dunler im sozialdemokratischen Verein Stuttgart-West über Partei und Gewerkschaft nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an:

„Die Parteiversammlung des Bezirks Stuttgart-West bezieht die neuerdings empfohlene Taktik: in Berufs- bzw. Organisationen, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die beiderseitige Verständigung ihre Regelung finden, den Klassenkampfstandpunkt fahren zu lassen. Die Parteiversammlung betont, daß ein Tarif nicht als Friedensbündnis abzuschließen sei, sondern als eine Etappe des Klassenkampfes, die Zeit und Gelegenheit bieten soll, um zu weiteren Kämpfen zu rufen. Die Versammlung verweist auf die in der Resolution des Mannheimer Parteitags verlangte Erfüllung der Gewerkschaften mit sozialem Geist, das heißt mit der Erkenntnis, daß der Klassenkampf der alleinige Weg und der Sozialismus das Ziel der proletarischen Emanzipationsbewegung ist.“

Ganz nach dem Herzen der Scharfmacher und Tarifseinde, Nicht das wirtschaftliche Wohl der Arbeiter ist ausschlaggebend für den Abschluß von Tarifverträgen, sondern um Zeit und Mittel für neue Kämpfe zu gewinnen. Um dem vorzubeugen, müßten die Arbeitgeberverbände die Arbeiterorganisationen bef-

energische Vorarbeiten im Gange sind, um an einigen Stellen unserer afrikanischen Schutzgebiete, speziell in dem östlichen Südwestsafrika, an geeigneten Punkten Talsperren zu schaffen, die naturgemäß gleichfalls in erster Linie der Wasserlieferung der Umgebung dienen sollen. Als erste und zunächst wichtigste Talsperre soll eine solche am Zusammenfluß des Löwen- und des Fischflusses in Südwestsafrika entstehen, die ca. 2 Millionen Kubikmeter Wasser fassen wird. Im Regierungsauftrage befindet sich gegenwärtig ein Sachverständiger unterwegs nach Deutsch-Südwests, um die dortigen Boden- und Terrainerhältnisse gründlich zu studieren, die für Schaffung einer Talsperre in Betracht kommen.

Noch ein anderer Vorteil der Talsperren, dessen Bedeutung in ganzem Umfange sich bisher nur schätzen und voraussehen läßt, liegt in der Möglichkeit einer Gewinnung billiger Betriebskraft. Die Ausnutzung der Talsperren zu derartigen Zwecken steckt noch in den ersten Anfängen, aber es ist nicht unmöglich, daß wir hier am Beginn einer ganz neuen Epoche der technischen Entwicklung stehen, die freilich nur ein Glied sein wird in der eben beginnenden Aera der industriellen Verwertung der natürlichen Wasserkräfte überhaupt. Es liegt auf der Hand, daß man die Gewinnung lebendiger Kraft, etwa ebenso wie die Gewinnung großer Mengen natürlichen Eisens, bei Anlage von Talsperren überall, gewissermaßen als Zugabe, mit in Kauf erhält, obwohl man ohne weiteres zugeben wird, daß diese Zugabe schon allein wertvoll genug ist, um unter Umständen die Schaffung von Talsperren wünschenswert erscheinen zu lassen. Die genannten drei Talsperren am Hoher und Queis z. B. dienen zwar, wie gesagt, hauptsächlich der Vermeidung von verheerenden Ueberflutungen; daneben aber werden sie die angenehme Eigenschaft haben, bereinigt das ganze Gebiet zwischen Görtitz und Landsbut einerseits, zwischen Buzlau und der böhmischen Grenze andererseits mit billiger elektrischer Beleuchtung und Kraft zu versorgen. An der fertigen Queistalsperre von Marklissa hat man bereits im August 1906 mit dem Bau eines Elektrizitätswerkes begonnen, das vorläufig das Land bis in die Gegend von Lauban mit elektrischer Kraft versorgen wird.

Es hängt natürlich in jedem Einzelfall von sehr mannigfachen Umständen ab, ob und in welchem Umfang die Anlage einer Talsperre auf die Gewinnung von Licht und Kraft verbilligend einwirken kann; einheitlich gültige Zahlenverhältnisse hierfür aufzustellen ist in keinem Falle möglich. Wie die Einheitskosten der Talsperreanlagen sich in sehr bedeutenden Grenzen schwanken — in der

Edertalsperre stellen sich die Kosten des gewonnenen Kubikmeters Wassers nur auf acht Pfennig, in der Sperre bei Ronsdorf hingegen auf 1,70 Mark — so wird auch die Möglichkeit ihrer industriellen Verwertung halb geringen, halb großen Schwierigkeiten, begeben und überdies wird der von Ort zu Ort variierende Wert des jeweils zumeist gebräuchlichen Heizmaterials gewichtig mitzuspochen, um zu ermitteln, ob die aus einer Talsperre gewonnene elektrische Kraft Verbilligungen im Betrieb gestattet. Es ist klar, daß in einem an Wasserkräften reichen und an Kohlen armen Lande, wie in der Schweiz oder in Italien, der Uebergang von der Kohlenfeuerung zu der aus natürlichen Wasserkräften gewonnenen elektrischen Betriebskraft wirtschaftlich ein ganz anderes Bild ergeben wird, wie in einem an Kohlen reichen und an Wasserkräften armen Gebiet, z. B. in England, in Belgien und in großen Teilen Norddeutschlands, oder in einem holzreichen Lande, wie in Nordrußland, Canada usw. In der Regel aber wird man, speziell auch in unserem deutschen Vaterlande, damit rechnen dürfen, daß die aus Talsperren gewonnene elektrische Kraft sich nicht unbedeutlich billiger stellt als die mit Hilfe der Kohlenfeuerung erzeugte. Es dürfte daher nicht ganz unwahrscheinlich sein, daß die Industrie, die bisher aus naheliegenden Gründen die großen Ebenen bevorzugte, sich in Zukunft zu einem nicht kleinen Teil in die Gebirge zurückziehen wird.

Zum Schluß noch ein paar Worte über die ästhetische Seite der Frage! Zwischen den Naturfreunden, die jeden menschlichen Eingriff in eine mit Naturschönheiten gesegnete Gegend als eine Entweihung empfinden, und den Ingenieuren oder Geschäftskleuten, welche dem Amerikanismus verfallen sind und alle Dinge nur vom Nützlichkeitsstandpunkt betrachten, besteht ein scharfer und sich stetig verschärfender Gegensatz, der gerade wohl auch in der Frage der Talsperren über kurz oder lang einmal zu einem heftigen Zusammenprall führen wird. Liegt es doch in der Natur der Sache, daß Talsperren mit Vorliebe an landschaftlich schönen Punkten geschaffen werden, an Stellen, wo sich enge Gebirgstäler und steilabfallende Berggänge finden. Die Naturfreunde, die soeben erst in der Erreichung einer staatlichen Fürsorge für die Erhaltung der Naturdenkmäler einen bedeutenden und hoch erfreulichen Erfolg errungen haben, werden auf die Dauer kaum ruhig zusehen, wie bald hier bald da ein wohlvertrautes, liebes Landschaftsbild durch die Schaffung von Talsperren eine grundlegende Umwandlung erfährt, um ja mehr, als zu einer solchen Anlage zunächst eine unzulässige Abholzung der Berggänge, ein Ueberbrennen des

Wiesengrases, eine Verunzierung des Tales durch eine gewaltige, kahle Steinmauer usw. gehören. Dennoch aber lehrt die Erfahrung, daß in den meisten Fällen nach Fertigstellung der Talsperren das Talbild eher gewonnen als verloren hat: der blinkende, von grünen Anlagen umsäumte Stausee, der das Gebirgstal ausfüllt, trägt in der Regel zur Belebung des Landschaftsbildes freundlich bei und verjöhnt mit dem gewaltigen Eingriff in die Naturschönheiten und der Umwandlung des Anblicks einer altvertrauten Gegend. Mag auch der Mensch gewohntes Alles ungern entbehren: er pflegt sich an das Neue ebenfalls leicht zu gewöhnen und lernt gar bald auch dessen Vorzüge schätzen. Wir hadern heut nicht mehr mit früheren Zeiten, welche in landschaftlich bevorzugte Gegenden die umstürzende Arbeit der Ingenieure trugen, als sie uns die Stillferjochstraße, die Areestraße und viele, viele andere Meisterwerke der Technik im Gebirge schenkten; wir möchten alle diese Kunstschöpfungen inmitten einer gewaltigen Natur heut sogar nicht mehr entbehren, denn sie sind uns nun einmal vertraut und ein integrierender Bestandteil des Landschaftsbildes geworden. So wird es bereinst auch mit den Talsperren gehen, und es liegt kein Grund vor, daß sich ihretwegen Naturfreunde und Ingenieure entzweien.

Wo sich freilich industrielle Zwecke in größerem Umfange mit den Talsperren verbinden, da liegt auch die Gefahr vor, daß unschöne Fabrikgebäude, Elektrizitätswerke usw. in die Gebirgsnatur eindringen. Aber das Störende derartiger Anlagen im Naturbilde liegt ja von jeher weniger in den Gebäuden selbst, die nur in der nächsten Nähe wahrgenommen zu werden pflegen und deren Anblick der Mensch gern in den Kauf nimmt, als in dem Vorhandensein ragender, qualmender Schornsteine, die in weitem Umkreise das Landschaftsbild jäh zerreißen und störende Alltagsgedanken und Stadtbilder in den Naturgenuss tragen. Aber gerade in dieser Hinsicht ist von den Talsperren-Anlagen wenig oder gar nichts zu fürchten. Die elektrische Kraft, die sie uns schenken, will uns ja vielmehr vom Qualm und Rauch der Eisen, von den poestelosen Steinkirnen schmutziger Schornsteine erlösen. Wo Talsperren entstehen, ist die Luft vor dem Verqualmen durch industrielle Anlagen und das Landschaftsbild vor dem Schönheitmordenden Riesenschornsteinen in höherem Grade geschützt. Somit liegt also für den Naturfreund auch in dieser Hinsicht keine Veranlassung vor, den siegreichen Fortschritten der Segen und Wohlfahrt verbreitenden Talsperren mit Mißtrauen oder gar mit Feindschaft zu begegnen.



ist der Tarifabschluss ein, wenn auch nicht allzu großer, so doch annehmbarer materieller Vorteil. Aber mindestens eben so hoch, wenn nicht höher, ist der ideale Erfolg des Tarifvertrages zu werten. Hat doch bisher der Arbeitgeberverband f. d. B. unter Zuhilfenahme kaum haltbarer Vorwände es verstanden, jeglichen Einfluß der Arbeiterorganisationen auszuüben. Jeder Arbeiter müßte bei Antritt des Arbeitsverhältnisses durch Namensunterschrift u. a. bekunden: „Die Dauer der jeweiligen Arbeitszeit und den hierfür zu zahlenden Stundenlohn setzt der Meister oder dessen Stellvertreter fest; die Einmischung Dritter bleibt ausdrücklich ausgeschlossen.“ Wie vorstehendes zeigt, haben nunmehr auch die Augsburger Bauunternehmer ihren bisherigen Standpunkt verlassen und ihre Arbeiter als gleichberechtigt anerkannt. Möge sich die nun vollzogene Wandlung noch erweitern und ausbauen zur Erhaltung und Stärkung des gewerblichen Friedens im hiesigen Baugewerbe.

### Der sozialen Frage neues Gesicht.

Obwohl nun seit Jahren über die sogenannte soziale Frage geschrieben und debattiert wird, obwohl ein bloßer freier Blick in die tatsächlichen Verhältnisse und Zustände der Gegenwart die Dringlichkeit derselben sowie die Notwendigkeit von Reformmitteln darlegt, gibt es immer noch zahlreiche uns sonst nahestehende Kreise, welche sich mit den neuen sozialen Aufgaben nicht befassen können. Sie stehen noch zaudernd abseits. Der eine meint, mit werktätiger Nächstenliebe und mit den Mitteln der Caritas die heutigen sozialen Schäden lindern zu können. Der andere erwartet die Haupthilfe vom Staate und steht selbst verzagt da, statt auch die Mittel der Selbsthilfe anzuspannen. Ein dritter gar glaubt, die soziale Bewegung sei nur dadurch künstlich in die Welt gesetzt, daß man das Volk verhetzt und zu einer unberechtigten Unzufriedenheit ermuntert habe. Solchen und noch manchen andern Einwänden begegnet man auch heute noch oft genug, so daß es sich wieder einmal verlohnt, auf den Grundcharakter der sozialen Frage der Neuzeit mit einigen Worten einzugehen.

Wie liegen aber die Dinge? Die sogenannte soziale Frage ist längst nicht mehr eine Erscheinung, die bloß Gelehrte in ihren Studienstuben interessiert. Sie beschäftigt auch nicht mehr bloß die geschriebenen Körperschaften und die Regierungen und neben ihnen einzelne menschenfreundliche Sozialpolitiker. Ganz im Gegenteil hat sie heute schon viele Millionen Staatsbürger in allen Berufsständen aufgerüttelt und vielfach in tieferhafter Erregung versetzt. Die soziale Frage ist ein Giftstoff geworden, der in weiten Kreisen der Bevölkerung revolutionäre Bestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und religiösem Gebiete auslöst und ein tödlicher Krankheitsstoff für die heutige Gesellschaft zu werden droht. Auch in früheren Zeiten hat es gewaltige Ausbrüche der Volkseigenen, Revolutionen, gegeben. Es gelang meistens, sie bald niederzuschlagen. Die heutige Bewegung hat tiefere Wurzel. Denn unser ganzes heutiges Wirtschaftsleben steht mitten in einer tiefgreifenden Umwälzung. Jahrhundert alte Zustände und Verhältnisse lösen sich nach einem inneren Gesetze auf und streben nach einer Neuordnung unter neuen Gesetzen und mit bis dahin unbekanntem wirtschaftlichen Triebkräften. Auf dem Boden des Handwerks und des Kleinhandels und neben demselben wächst der Großbetrieb auf. Im Zeitalter eines fiaberhaften Verkehrs, der keine Schranken kennt, sind die Menschen durcheinandergeschüttelt; so ist die Konkurrenz, der schrankenlose Wettbewerb, in der Landwirtschaft, im Handel und Gewerbe über den Erdball hin entfesselt. Infolgedessen ist auch die Vorherrschaft der Landbevölkerung, die noch vor einem halben Jahrhundert in Deutschland unbestritten war, gebrochen zugunsten der Städte, die halb Zweidrittel unseres Volkes in ihren Mauern bergen.

Diese gewaltige Entfaltung von Industrie und Handel, die unserm Zeitalter das Gepräge gibt, hat den Reichtum in unserm Vaterlande ungeahnt vermehrt. Eine Hebung und Besserung der Lage der weiten Kreise des Volkes ist dadurch ermöglicht und deshalb zum erstrebenswerten Ziele geworden. Daher das naturgewaltige Aufwärtsdrängen aller Berufsstände nach einer Erhöhung der Lebenshaltung in Wohnung, Kleidung, Nahrung, Teilnahme an den geistigen Gütern. Dies Aufwärtsdrängen zeigt sich am schärfsten bei den bestbezahlten arbeitenden Klassen, die der Industrie am nächsten stehen und glauben, am ehesten eine Hebung ihrer Lebenslage verlangen zu dürfen und durchsetzen zu können. Aufwärts streben aber auch die Angehörigen des sogenannten Mittelstandes in der Landwirtschaft, im Handwerk, im Kleinhandel, unter den Angestellten und Beamten. Und zwar der Mittelstand um so lebhafter, als er nicht ohne Grund beunruhigt ist durch die Befürchtung, daß Handwerk und Kleinhandel durch den Großbetrieb in Industrie und Handel zusehends zurückgedrängt werden, während doch auch er ein Anrecht auf Vorwärtkommen hat.

Verschärft wird diese soziale Bewegung unserer Tage überdies noch dadurch, daß die aufwärtsstrebenden Klassen die höhere Anteilnahme an den Kulturgütern nicht in der Weise erheischen, daß ihnen die führenden, besitzenden Klassen bloß aus Wohlwollen gleichsam von oben herab einige der gewünschten Gaben reichen. Das, wonach Mittelstand und Arbeiterklasse streben, wünschen sie als ihr gutes Recht zugestanden und gesichert, und zwar auf dem Boden der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Gleichberechtigung. „Was für das Volk geschieht, soll auch durch das Volk, unter seiner Mitwirkung geschehen,“ lautet der neue Grundsatz. Mit vollstem Rechte berufen sie sich darauf, es sei das nicht mehr wie angemessen in einer Zeit, da allen Kreisen des Volkes durch die Volksschule, die Presse eine allgemeine Bildung vermittelt werde; da das ganze Volk an den politischen Rechten teilnehme und durch die Wahlen auf die Gesetzgebung einwirke. Auch auf die Geschichte beruft man sich. Einst im 13. und 14. Jahrhundert sei das Aufblühen des Gewerbetreibens in den Städten ermöglicht gewesen infolge Ergründung der bürgerlichen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung durch die Handwerker und Kaufleute. Die im Gefolge der Revolution am Ausgang des 18. Jahrhunderts erkämpften modernen bürgerlichen Freiheiten hätten erst dem dritten Stande, dem Bürgertum, Luft und Licht gegeben, in deren Freiheit Industrie und Handel, Wissenschaften und Künste sich entfalten konnten. So sei auch heute ein weiterer Fortschritt zu erwarten, der durch die soziale Bewegung und die Gleichberechtigung ermöglicht werden kann.

lichen Rechten, vor allem an die arbeitenden Stände, unumgänglich geboten, sollen alle Kräfte des Volkes zu jener Selbstbetätigung und jener Verantwortlichkeit gespannt werden, die auf wirtschaftlichem, staatsbürgerlichem und geistlichem Gebiete die höchsten Erfolge sichern. Nach solcher Mündigkeitserklärung streben heute insbesondere auch die Arbeiter, nachdem in früheren Zeiten Handwerker, Kaufleute und Landwirte dieselbe sich, zum Wohle der Gesamtheit, errungen haben.

So liegen heute die Dinge. Das sind die bemerkenswertesten Grundzüge im neuen Gesicht der modernen sozialen Bewegung. Sie muß man zu verstehen suchen, will man unter Anwendung der richtigen sozialen Heilmittel den sozialen Frieden herbeiführen und verhindern, daß wir einem gewaltsamen Umsturz entgegengetrieben. Dieses so unentbehrliche Verständnis unserer sozialen Aufgaben vermittelt soziale Schulung und Bildung.

### Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

#### Maurer.

**Celle.** Am Samstag, den 11. d. M., hielten wir hier unsere erste öffentliche Gewerkschaftsversammlung ab, welche von unseren Mitgliedern wie auch von den Genossen stark besucht war. Als Referent war Reichstagsabgeordneter Kollege Schiffer-Düsselhoff gewonnen, welcher das Thema: „Ideale Aufgaben der christlichen Gewerkschaften“ in verständlicher Weise behandelte. Daß hierbei die Genossen manche Wahrheit, die ihnen nicht angenehm war, zu hören bekamen, versteht sich von selbst. Dieselben suchten nun auch stets durch Zwischenrufe und Lärm die Versammlung zu stören. In der Diskussion brachten mehrere Genossen ihr altes Latein vor. Interessant waren jedoch die Ausführungen des Vorsitzenden der Maurer, Genossen Niemeier, welcher sich der Versammlung als guter Christ präsentierte. Auch kam er wieder mit dem Streikbruch, den unsere Kollegen begangen haben sollen. Genosse Niemeier wurde nun aufgefordert, uns zu erklären, warum er mit 25 seiner Genossen die Arbeit aufgenommen habe, und bei den anderen Meistern hätte man die Arbeit ruhen lassen. Dieser Antwort ging er geflissentlich aus dem Wege. Er sprach von „taktischen“ Gründen, die man nicht so „öffentlich“ aussprechen könne; zugleich erzählte er aber auch von seinem guten Meister, bei welchem er schon lange Jahre arbeite, eine Vertrauensstelle inne habe, und mit dem auch gut fertig zu werden sei. Eine schöne Taktik! Nach einem Streit von neun Monaten geht man aus Taktik dazu über und nimmt bei dem Meister, welcher die meiste und bedenklichste Arbeit hat, die Arbeit wieder auf. Damit hatte man doch dem Erfolg die Spitze gebrochen. Diese Taktik wurde auch von den Kollegen Böhmel und Zumbrodt genügend geübt. Daß der „Wollwille“ in Hannover einen Bericht bringt, der die Tatsachen auf den Kopf stellt, ist erklärlich. Daß man aber auf den Kollegen Windolf am meisten schnipst, welcher gar nicht in der Versammlung war, zeigt, mit welchem Ehrgeiz man es zu tun hat. Die Versammlung war für uns in Celle von gutem Erfolg, hoffentlich wissen alle Kollegen danach zu arbeiten.

**Düsseldorf, 21. Juli.** Auf der Tagesordnung der Generalversammlung der Bauhilfsarbeiter standen folgende Punkte: 1. Geschäftliches, 2. Abrechnung vom zweiten Quartal, 3. Bericht von der Bezirkskonferenz Köln, 4. Vorstandswahl. Im Geschäftlichen machte der Vorsitzende auf den Fiskuselagerstreik aufmerksam. Da sich hier und da Streikbrecher einstellen, müsse eine scharfe Kontrolle geführt werden; jeder arbeitende Fiskuselager hat von der Streikleitung sich eine Arbeitskarte ausstellen zu lassen, die bei Anfrage vorzuzeigen ist. Ferner möchten die Hauskassierer mit den Festakten zum Gewerkschaftsfest beim Abgehen sich beeilen, da acht Tage vor dem Fest abgerechnet werden muß. Auch die Mitglieder sollen sich frühzeitig in den Besitz einer Karte setzen, weil an der Kasse 50, statt 30 Pf. im Vorverkauf, erhoben werden. Die Hausagitation soll in den nächsten Tagen vorgenommen werden, vorher wird noch eine Sitzung stattfinden. Zu Punkt 2, Abrechnung, wurde bekannt gegeben, daß der Kassierer erkrankt sei, daher die Revision hätte unterbleiben müssen; bei der nächsten Versammlung glaubt man die Abrechnung verlesen zu können. Die Versammlung war damit einverstanden. Den Bezirksbericht gab Koll. Meister. Er führte aus, man habe auch im Kölner Bezirk die Wahrnehmung gemacht, daß die ungenügende Konjunktur, hervorgerufen durch die Geldknappheit, lähmend auf die Agitation und das ganze Verbandsleben gewirkt habe. Eine Erhöhung der Mitgliederzahl hätte daher auch begreiflicherweise nicht eintreten können. Wenn nun trotz der Schwierigkeiten noch 22 Jahrestellen neugegründet wurden, so dürfte das als ein großer Erfolg für die rührige Tätigkeit der Bezirksleitung bezeichnet werden. Klage mußte geführt werden über die schlechte Beteiligung bei sozialen Wahlen. Man möge doch bedenken, daß eine eigene verlorene Position dem Gegner wieder mehr Achtung in der Öffentlichkeit einbringt, die er in seiner Agitation stets zu verneinen weiß. Ein gutes Verhältnis müsse man zwischen Arbeiterverein und Gewerkschaften anstreben, da beide Teile zur Entwicklung der christl. Arbeiterbewegung unbedingt notwendig sind. Dem Arbeiterfuß muß ebenfalls mehr Aufmerksamkeit zugewandt werden. Das bei Unfällen gesammelte Material kann später große Dienste leisten. Das Baudelegiertenwesen soll besser ausgebaut werden, weil dies die Wurzel der Organisation darstellt. Die Lohnbewegung mit Abschluß eines großen Tarifvertrages war zwar für manche Kollegen Anlaß zum Murren wegen nicht genügender Lohnaufbesserung. Diese Leute bedenken aber nicht, daß die Tarifbewegung für das Baugewerbe auch große moralische Erfolge aufweisen kann. Redner schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß die Konferenz viele gute Anregungen den Kollegen mit auf den Weg gegeben habe. Möchten nun auch alle Kollegen mit neuem Mut und Eifer für die Sache eintreten. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender Wilh. Zimmermann, Martinstraße 47, 2. Vorsitzender Georg Schmidt, Weberstraße 28, 1. Schriftführer Jof. Gillenbrand, Fürstentwall 139s, 2. Schriftführer Chr. Friedrichs, 1. Kassierer Daniel Woll, Wallstraße 12, 2. Kassierer S. Jansen; zu Revisoren wurden die Kollegen Schwimming und Buscher gewählt. Die Delegierten zum sozialen Ausschuß, Kartell und der Verwaltungsstelle sollen in der nächsten Versammlung ernannt werden. Der gewählte Vorstand gab das Besprechungsab auch in Zukunft für das Wohl der Jahrestelle einzutreten.

**Hamburg.** Nach langer Zeit beanspruchten die Hamburger auch wieder einmal ein Plätzchen in unserer „Baugewerkschaft“. Wenn sie bisher in dieser Beziehung ziemlich bescheiden gewesen sind, so geschah dies in der Erkenntnis, daß der Raum unseres Verbandesorgans zu bilden und beschreibenden Artikeln weit wichtiger angewendet werden kann, als wie zu den vielen Versammlungsberichten. Diesmal haben wir über unsere am Donnerstag, den 16. d. Mts., stattgehabte Generalversammlung zu berichten. Aus der Tagesordnung sind folgende wichtigen Punkte hervorzuheben: Bericht über die Mitglieder- und Kassenerhältnisse im Jahre 1907, Vorstandswahl und Erhöhung des Beitrags. Der Vorsitzende Frank legte die Beschlüsse

vor, sprach zunächst sein Bedauern darüber aus, daß die Generalversammlung wegen seiner viermonatigen schweren Krankheit so weit hinausgeschoben worden sei. Dann erstattete er den Bericht über die Mitgliederverhältnisse, dem folgendes zu entnehmen ist: Der Mitgliederbestand am 1. Januar 1907 betrug 24; im Laufe des Jahres sind neu aufgenommen 37 und zugereist 47 Mitglieder. Im 3. Quartal erreichte die Verwaltungsstelle mit 90 ihre höchste Mitgliederzahl. Da die Mitglieder beim Eintritt des Winters zum größten Teile in ihre Heimat reisen, so war am Schlusse des 4. Quartals 1907 ein Mitgliederbestand von 31 vorhanden. Vorsitzender Frank, der zugleich einen kurzen Rückblick warf auf die Gründungszeit der Verwaltungsstelle, bemerkte, daß diese Zahlen zwar keine hohen seien, daß sie aber dennoch befriedigend seien. Im Jahre 1904 habe er die Vorarbeiten zur Gründung der Verwaltungsstelle und im Jahre 1905 die Gründung unternommen. Er habe damals mit acht Mitgliedern begonnen, die er zum großen Teile in der Wohnung aufsuchen oder bei passender Gelegenheit zum Beitritt gewinnen mußte. Wenn man dann bei den im Norden, besonders für die Ausbreitung des christlichen Bauhandwerkerverbandes so schwierigen Verhältnissen im Berichtsjahre 37 Mitglieder neu aufgenommen habe, so sei das ein Beweis, daß gearbeitet worden sei. Es sei sicher, daß zur Gewinnung dieser 37 Kollegen, sowie zur Erhaltung der Verwaltungsstelle überhaupt, mehr Arbeit habe angewendet werden müssen, als das vielleicht bei Verwaltungsstellen in Rheinland und Westfalen der Fall sei, die Hunderte von Mitgliedern zählen. Die der christlichen Gewerkschaftsarbeit im Norden sich entgegenstellenden Schwierigkeiten könne nur derjenige ermeinen, der längere Zeit dort tätig gewesen sei. Sodann berichtete er, daß im Jahre 1907 25 Versammlungen und 5 Vorstandssitzungen abgehalten wurden. In den Versammlungen seien 16 Vorträge gehalten worden und zwar 10 von ihm, je einer von den Mitgliedern Fajhauer und Wödeke und von den Mitgliedern des christlichen Holzarbeiterverbandes Wullen und Schred und zwei vom Gewerkschaftssekretär Garmann. Redner dankte allen Kollegen für ihre treue Mitarbeit und ermunterte sie zu weiterer unermüdlicher Arbeit im Dienste des Verbandes, damit derselbe langsam, aber stetig vorwärts schreiten könne. Hierauf erstattete der erste Kassierer Bucherpennig den Bericht über die Kassenerhältnisse, aus dem folgendes hervorzuhellen ist: Es wurden verkauft: 37 Eintrittsmarken, 96 Arbeitsloosmarken, 289 Beitragsmarken zu 40 Pf., 35 Beitragsmarken zu 50 Pf., 2100 Beitragsmarken zu 65 Pf., 74 Lokalzuschlagsmarken zu 50 Pf., 53 Extrabeitragsmarken zu 40 Pf., 410 Extrabeitragsmarken zu 65 Pf. und 411 Agitationsmarken zu 10 Pf. Die Einnahme betrug 1910,25 M gegenüber 1028,37 M im Jahre 1906. Der Vorsitzende dankte dem Kassierer für seine aufopfernde Tätigkeit und hob hervor, daß auch die Kassenerhältnisse im Jahre 1907 gegenüber dem Vorjahre einen guten Aufschwung genommen hätten, welches neben anderem dem guten Funktionieren des Vertrauensmännerapparats zuzuschreiben sei. Allerdings habe auch er nicht selten das Amt eines Vertrauensmannes übernehmen müssen, aber er habe das, obwohl er sehr mit Arbeit überlastet sei, mit Freude getan. Sehr erfreulich sei, daß die Extrabeiträge, von einigen Kollegen abgesehen, voll bezahlt wurden. Ehe er zur Vorstandswahl schritt, bat er die Mitglieder dringend, von seiner Person als Vorsitzenden absehen zu wollen, da die Verwaltungsstelle sich jetzt auf eigene Füße stellen müsse. Er sei zwar nicht amtsübrig und wolle auch in Zukunft die Ausbreitung des Verbandes im Norden nach besten Kräften fördern. Die Mitglieder willfährten seiner Bitte und wählten ihn einstimmig zum vertraulichen Berater des Vorstandes. Aus der Wahl gingen folgende Personen hervor: Theodor Bucherpennig erster Vorsitzender und erster Kassierer, Alois Fajhauer zweiter Vorsitzender, Johannes Fajhauer zweiter Kassierer, Karl Wendel erster Schriftführer, Franz Schwanzar zweiter Schriftführer, Hermann Hüschbett und Ferdinand Schmalfleg Vorsitzende, Karl Bucherpennig und Anton Gagemeyer Kassiererevisoren, Franz Ernst und Friedrich Gagemeyer Türkontrollierer, Franz Schwanzar, Alois Fajhauer, Karl Schab, Philipp Mauritz, Karl Dietrich Vertrauensmänner. Der bisherige Vorsitzende Frank erinnerte den neugewählten Vorstand an seine Pflichten, dieselben einzeln ausführend und forberte ihn auf, mit allen Kräften und Fähigkeiten den Verband zu fördern, damit derselbe sich im Norden zu einem Achtung gebietenden Faktor emporschwingen könne. Im Berichtsjahre sei es möglich gewesen, von Hamburg aus in Lübeck und Kiel neue Verwaltungsstellen zu gründen und bereits früher gegründete zu unterstützen. Bei unverbesserter Werbearbeit sei es auch möglich, in Zukunft nicht nur die bestehenden Verwaltungsstellen zu unterstützen, sondern auch neue Verwaltungsstellen zu gründen. Der folgende Punkt der Tagesordnung, Erhöhung der Beiträge, zeitigte eine gute Frucht der bisherigen Erziehungsarbeit. Die Erhöhung des Wochenbeitrages von 65 Pf. auf 70 Pf. wurde, ohne daß auch nur ein einziger Kollege dagegen gesprochen hätte, einstimmig beschlossen. Damit bezahlten wir denselben Wochenbeitrag, den auch der sozialdemokratische Maurerverband in Hamburg erhebt. Wenn unsere Kollegen vom übrigen Deutschland sich mehr als wie bisher der Fall gezeigt ist, im Frühjahr nach Hamburg wenden, um da Arbeit aufzunehmen, dann werden wir auch hier bessere Fortschritte machen können. Die zum Teil unbegründete Scheu vor dem roten Norden muß endlich einmal überwunden werden. Wenn dann weiter die in Hamburg beschäftigten christlich gesinnten Bauhandwerker sich fest besser bewußt bleiben, daß heute nur in einer christlichen Gewerkschaft ihr Platz sein kann und wenn sie auch aus diesem Bewußtsein ihre Konsequenzen ziehen, dann muß sich auch das jetzt noch etwas zarte Pflänzchen an den nordischen Wasserläufe zu einem kräftigen Baum entfalten, der allen Stürmen zu trotzen vermag.

**Köln.** Am 5. Juli fand dahier in der „Krone“, Gr. Griechenmarkt 16, die diesjährige Bezirkskonferenz des Bezirks Köln statt. Zu derselben waren 38 Delegierte erschienen. Nicht vertreten waren die Verwaltungsstellen Ahrweiler, Buchholz, Malmedy, Wittlich. Als Vertreter des Zentralvorstandes war Kollege Jacobi erschienen.

Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Bericht über den Stand der Bewegung, 2. Geschäfts- und Kassenführung der Verwaltungsstellen, 3. die diesjährige Lohnbewegung, 4. Agitation, 5. Anträge und Verschiedenes.

Bezirksleiter Kollege Lange eröffnete die Konferenz um 10¼ Uhr und begrüßte die erschienenen Delegierten. Sodann erstattete er den Jahresbericht. Einleitend wies er darauf hin, daß die Delegierten durch den in der „Baugewerkschaft“ veröffentlichten Jahresbericht über die Tätigkeit und den Stand der Organisation in der Hauptsache unterrichtet seien. Ergänzend berichtete er über die im ganzen Bezirk eingetretene Geschäftsflaute, welche sich schon seit vorigen Sommer bemerkbar gemacht habe. Wie groß die geminderte Bautätigkeit sei, sei daraus zu ersehen, daß das Schwemmsteinsyndikat die Produktion um 4 Prozent eingeschränkt habe, ähnlich sei es bei den Ziegeleien. Die Ursache dieser ungünstigen Erscheinung wäre verschiedener Art, z. B. teures Geld, übertriebene Spekulation, Gerüchte über die Möglichkeit kriegerischer Maßnahmen usw.

Dieser schlechte Konjunktur habe auch auf die Mitgliederbewegung einen starken Einfluß ausgeübt. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrage 5682. Seit dem vorigen Jahre habe sich die Mitgliederzahl erhalten, jedoch ein Fortschritt sei in dieser Hinsicht nicht erreicht.

Bei dem ständigen Sinken der Konjunktur müsse alles aufgegeben werden um keinen Rückschritt zu erleben. Die Mitgliederzahl sei diejenige, die im Jahre 1907 in Frage kam. — Neugegründet sind 22 Zahlstellen, drei lösten sich auf. Die Fluktuation sei immer noch groß. Im ganzen bestehen 137 Zahlstellen, die in acht Verwaltungsstellen zusammengeschlossen sind. — Die Extrabeiträge seien unbefriedigend geleistet worden und haben die Agitation sehr beeinflusst.

Lohnbewegungen wurden 24 geführt, 13 derselben mit 1104 Kollegen wurden durch friedliche Verhandlungen erledigt. In 11 Fällen kam es zum Streik, woran sich 1389 Kollegen beteiligten. Der Aachener Kampf, der 17 Wochen dauerte und bei dem die Kollegen so tapfer kämpften, sei eine Glanzleistung unseres Verbandes. Er habe gezeigt, daß unser Verband leistungsfähig sei. — Fast sämtliche Mitglieder, außer den in der Steinindustrie, arbeiten zu tariflichen Bedingungen, und wäre der Kölner Bezirk in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen, den übrigen westlichen Bezirken voraus. Bisher seien die Tarife seitens der Unternehmer ziemlich innegehalten, jedoch in der letzten Zeit kämen viele Verstöße vor. Die Steinarbeiter seien leider noch zu wenig organisiert, als daß man Tarife abschließen könne. Bei den sozialen Wahlen habe man es vielfach an energischer Arbeit fehlen lassen, und den Genossen den Sieg ohne Anstrengung überlassen. In diesem Punkte müsse mehr geschehen. Das Verhältnis zu den konfessionellen Arbeitervereinen könne als ein gutes bezeichnet werden. Leider bildeten sich noch viele Arbeiter ein, wenn sie Mitglied eines konfessionellen Arbeitervereins seien, so hätten sie ihren Verpflichtungen Genüge geleistet. Diesem Mißstande müsse dadurch begegnet werden, daß die organisierten Kollegen sich mehr in den Arbeitervereinen beteiligten. — Als Arbeitgeberverbände kämen drei Bezirksverbände in Frage: der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in der Rheinprovinz, der Schutzverband der bergischen baugewerblichen Betriebe und der Koblenzer Bezirksverband. Alle drei hätten sich dem Verein der Arbeitgeberverbände von Rheinland und Westfalen angeschlossen.

Ueber die Haltung der Polizei sei nur in Siegburg und Neuwied zu klagen. Am fanatischsten verhielt sich der Bürgermeister von Siegburg gegenüber den Arbeiterorganisationen.

Das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Organisationen habe sich insoweit geändert, daß viele Mitglieder dieser Organisationen selbst gegen den gehässigen Kampf seien, wie er von ihren Führern immer wieder geschürt würde. Leider gebe es auch noch eine Anzahl ganz fanatischer Genossen, mit denen kein Frieden zu halten sei. Redner gab anschließend an den Bericht einige praktische Winke für die Agitation. Das größte Gewicht müsse jetzt auf die Kleinagitation gelegt werden. Das neu erschienene Flugblatt soll zu einer vorher gut eingeleiteten Hausagitation verwandt werden, dann habe jede Zahlstelle vor allem darauf zu achten, daß das Vertrauensmännersystem stets funktioniert, damit jeder Kollege wöchentlich sein Organ erhält und kassiert wird. Die Sektionen und Zahlstellen einer Verwaltungsstelle sollten von Zeit zu Zeit gemeinsame größere Versammlungen abhalten. In den Versammlungen dürfe nicht immer über den schlechten Versammlungsbesuch ein Klageklage angestimmt werden, weil das nichts nütze, vielmehr den anwesenden Kollegen den Versammlungsbesuch verleite. Der Vorstand müsse vor jeder Versammlung eine Vorstandssitzung abhalten, in welcher gute aktuelle Themen auf der Tagesordnung festgesetzt würden.

Um den Kollegen Arbeit zu verschaffen, müsse der Arbeitsnachweis gepflegt werden, desgleichen dem Bauarbeiterschutz mehr Beachtung geschenkt werden. — In der Agitation dürfe niemand erlahmen; denn im Jahre 1910 würden wir vor der Tarifverneuerung in ganz Deutschland stehen. Wehe, wenn wir es nicht verstanden haben, alle Kollegen im Baugewerbe zu sammeln!

Anschließend an den Bericht des Bezirksleiters gab der Bezirkskassierer Johann Becker (Köln) den Kassenbericht. Derselbe ergab eine Einnahme von 1424,45 M. und eine Ausgabe von 949,80 M. Mithin bis zum 1. Juli 1908 einen Kassenbestand von 474,65 M. Der Revisor Kollege Faust erklärte, daß die Revisoren die Kasse in der besten Ordnung gefunden hätten und beantragte, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, was einstimmig geschah. — An den Bericht schloß sich eine rege Diskussion an. Allgemein wurde über eine flauere Geschäftslage geklagt. Von Düsseldorf wurde erklärt, daß ein frischer Zug die Kollegen beseele. Ein Delegierter regte an, in Düsseldorf eine gemeinsame Sitzung der Vorstände abzuhalten, um ein einheitliches Handeln zu erzielen. Die Delegierten aus dem Bergischen Revier erklärten, daß ihre Mitglieder die Extrabeiträge fast alle entrichtet hätten. Die Steinarbeiter schilderten, daß von Seiten der Steinbruchbesitzer man darauf ausgehe, die Löhne zu reduzieren, was auch schon teilweise eingetreten sei. Im Winter sei verfügt worden, nur noch sechs Stunden arbeiten zu lassen. Jetzt gehe man zu Arbeiterentlassungen über. Der Bezirksleiter habe sich bei der Bergisch-Markischen Steinindustrie sofort ins Mittel gelegt, und seien die Maßnahmen im Winter wesentlich gemildert worden. Für die Steinindustrie müsse mehr in der Agitation geleistet werden.

Kollege Jacobi übermittelte Grüße des Zentralvorstandes. Zum Geschäftsbericht hob er hervor, es sei nicht zu unterschätzen, daß 22 neue Zahlstellen errichtet worden, weil dadurch der Verband räumlich ausgedehnt worden sei. Die räumliche Ausdehnung sei gerade im Hinblick auf Agitation und die Tarifverträge von größter Wichtigkeit. In den Versammlungen müßten mehr die prinzipiellen Fragen erörtert werden. Auch müßten die Mitglieder mehr von den Ideen der christlichen Gewerkschaften unterrichtet und dafür begeistert werden. Dem Zentralvorstand müßten mehr Berichte mit genauen Angaben der Verhältnisse zugestellt werden. Bezüglich der Situation der Steinarbeiter erwähnte er zu Besonnenheit. In der augenblicklichen Geschäftslage sei eine weise Taktik doppelt am Platze, zumal viele Steinarbeiter in ländlichen Orten wohnen und an ihre Scholle gebunden seien. Der Bezirksleiter versprach, unter den Steinarbeitern demnächst eine systematische Agitation zu betreiben.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde zunächst die Geschäfts- und Kassenführung in den Verwaltungsstellen vorgenommen. In fast zweistündiger Rede legte der Zentralkassierer die Kassenführung vollständig klar. Es ist unmöglich, hier vollständig darüber zu berichten. An das eine sei jedoch hier erinnert, nämlich, daß sich alle Kassierer Genauigkeit und Pünktlichkeit im Annehmen der Einnahmen und Ausgaben aneignen müssen, da all die kleinen Unterlassungen große Folgen haben können.

Zu Punkt „Lehren aus der Lohnbewegung“ sprach Kollege Lange. Recht interessante und lehrreiche Ausführungen waren es, die zeigten, welchen Einfluß die Bauarbeiterorganisationen schon erreicht haben, aber noch welche schweren Aufgaben uns noch bevorstehen.

In Punkt „Agitation“ war nicht mehr viel zu sagen, weil dieses Gebiet in der Diskussion über den Bezirksbericht zu sehr gestreift wurde. Ein besonderer Vortrag erübrigte sich deshalb. Kollege Preuß gab diesbezüglich einige Winke, wie die Kleinagitation am besten zu betreiben sei. Vor allem hob er hervor die Schulung und Erziehung von Vertrauensleuten, die darin bestehe, daß alle 14 Tage mit den Vorstandsmitgliedern, Hauskassierern, Baudelegierten und sonstigen sich eignenden Kollegen eine Art Unterrichtskursus abgehalten würde. Hier müßten alle Paragraphen des Statuts des Verbandes und der Krankenkassen, sowie das Invaliden- und Unfallgesetz usw. diskutiert werden. (Letzteres sei allen Zahlstellen dringend empfohlen.)

Zu Punkt 5 der Tagesordnung hatten die Verwaltungsstelle Köln, die Sektion der Putzer Köln, sowie die Verwaltungsstelle Düren Anträge gestellt. Der Antrag der Kölner Putzersektion besagte, daß jede Sektion einer Verwaltungsstelle, auch wenn weniger wie 100 Mitglieder in Frage kommen, einen Delegierten zu der Bezirkskonferenz entsenden soll. Nach längerer Diskussion wurde derselbe mit großer Majorität abgelehnt, dagegen wurden den Verwaltungsstellen mit mehreren Berufen empfohlen, bei Entscheidung von Delegierten stets die Berufe zu berücksichtigen. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß bei Bezirkskonferenzen keine Beschlüsse für einzelne Berufe gefaßt würden, und deshalb jeder ein Mandat für alle Berufe ausüben könne. Die Anträge der Verwaltungsstellen Köln und Düren deckten sich. Dieselben wollen den Bezirks-Agitationsbeitrag einheitlich geregelt haben, ebenso den Winterbeitrag. Der Antrag von Köln will, daß die 15 Prozent den Verwaltungsstellen verbleiben. Auch für die im Winter in die Heimat reisenden Kollegen soll der Winterbeitrag auf der Bezirkskonferenz einheitlich geregelt werden, damit sich niemand an den Winterbeiträgen vorbeidrücken könne. Die Konferenz faßte diesbezüglich folgenden einheitlichen Beschluß:

„Jede Verwaltungsstelle hat zwecks Agitation wöchentlich einen um mindestens 5 Pfg. höheren Wochenbeitrag und im Winter mindestens einen Agitationsbeitrag von 10 Pfg. zu entrichten.“

Diejenigen Verwaltungsstellen, die einen oder mehrere Lokalbeamten angestellt haben, haben die Höhe der Zuschläge und Wintermarken so hoch zu entrichten, daß sie ihre Ausgaben decken können.

Diese Verwaltungsstellen behalten zu diesem Zwecke das Geld am Orte. Dagegen haben diejenigen Verwaltungsstellen, die keinen Lokalbeamten unterhalten, diese Agitationsgelder bei der Quartals-Abrechnung an die Zentralkasse Berlin zu entsenden, damit der Zentralkassierer eine Uebersicht erhält.

Von den Zuschlägen und Agitationsmarken erhalten die Verwaltungsstellen 15 Prozent.

Die Winteragitationsbeiträge sind in den Verwaltungs- bzw. Zahlstellen zu zahlen, wo die Kollegen vor der Abreise in Arbeit standen und zwar vor der Abreise. Wer diese Beiträge nicht entrichtet, hat dieselben im nächsten Frühjahr nachzahlen. Letzteres auch dann, wenn der Betreffende nach einer anderen Verwaltungsstelle reist.“

Nach einem begeisterten Schlußworte des Bezirksleiters schloß derselbe die lehrreich und interessant verlaufene Konferenz.

Münster i. W. Am Sonntag, den 28. Juni 1908, fand unsere diesjährige Bezirkskonferenz statt. Die Zahlstellen waren fast alle vertreten, mit Ausnahme der des nördlichen Emslandes. Es wird dies seinen Grund wohl darin haben, daß dort vor kurzem noch eine engere Konferenz stattgefunden hat. Den ersten Punkt der Tagesordnung, Bericht des Bezirksleiters erstattete zum letzten Male unser nach Hannover verlegter Kollege Jumbroff. Er behandelte die 2 1/2 jährige Agitationsarbeit im Bezirk Münster. Bei seinem Antritte fand das Münsterland noch am Anfange der Ausbreitung des Organisationsgebaltens. Im nördlichen Teil des Münsterlandes, Ostfriesland und Oldenburg, waren noch keine christlichen Organisationen zu finden. Am 1. April 1906 waren 1900 Mitglieder der Organisation zugeführt, am 1. April 1908 dagegen waren es 3700. Der innere Ausbau konnte bei der tiefen Agitationsarbeit nicht gleichen Schritt halten. Dieses sei jetzt wohl die Hauptarbeit seines Nachfolgers. Auch seien die Tarifarbeiter in sehr vielen Fällen behilflich gewesen bei der Ausbreitung des Verbandes. Der Bezirksleiter derselben, Kollege Kampß, hätte sich sehr eifrig der Sache angenommen. Die Agitation sei aber auch sehr gefördert worden durch die gute Konjunktur, die in den vergangenen zwei Jahren herrschte. Leider fehlte es, besonders bei den jüngeren Zahlstellen, an Einigkeit und Interesse für die gute Sache. Dann geht es in den Vorständen der jüngeren Zahlstellen auch nicht an Streitigkeiten und Un-einigigkeiten, die eine geistliche Weiterentwicklung unmöglich machen. Im Jahre 1906 herrschte noch die 11-13 stündige Arbeitszeit, und die Löhne der Arbeiter waren in so viel Klassen eingeteilt, als es Arbeiter gab. Es wurden in den 2 1/2 Jahren eine große Reihe Lohnbewegungen geführt, die alle erfolgreich verliefen. Der Lohn stieg um 2 bis 11 Pf. die Stunde. Auch wurde die Arbeitszeit um 1/2 bis 2 1/2 Std. gekürzt, so daß jetzt im Bezirk eine größere Einheitlichkeit eingetreten ist. Einige Zahlstellen glauben immer noch bei Lohnbewegungen ohne den Bezirksführer fertig werden zu können. Solches Borgehen sei aber unpraktisch, und es dürfte ohne die Genehmigung des Bezirksleiters nichts unternommen werden. Die Organisation der Arbeitgeber sei auch schon sehr weit ausgedehnt. Es finden sich aber auch unter den Unternehmern noch den Arbeitern feindselig gesinnte; praktisch habe man die Erfahrung gemacht, daß mit den intelligenten Unternehmern besser verhandelt werden kann als mit den groben Bierstößigen. Durch die Organisation sei auch mancher Erfolg auf sozialem Gebiete errungen worden. Zum Schluß wurde noch die große Fluktuation gestreift, die immer noch zum Schaden des Verbandes ihr Unwesen treibe. Hier muß ganz besonders der Gehel während der Jahre des Friedens angefaßt werden, um dieses Uebel zu bekämpfen, damit endlich mal eine bessere Stabilität eintritt. In der Diskussion sprachen alle im Sinne des Referenten, dabei besonders hervorhebend, daß die geistige Bildung und die Schulung der Mitglieder eine unerlässliche Notwendigkeit sei. Den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die diesjährige Lohnbewegung und welche Lehren ziehen wir daraus?“ gab ebenfalls Kollege Jumbroff. Es ist dieses Thema schon so oft in der Baugewerkschaft behandelt worden, daß wir uns nur auf die Hauptpunkte beschränken. Es hat sich bei der diesjährigen Lohnbewegung gezeigt, daß es einer starken Organisation möglich ist, auch einen Kampf, den die Unternehmer unter allen Umständen wollten, nicht nur zu verteidigen, sondern auch materielle, und was das wichtigste ist, auch moralische Erfolge abzurufen. Trotzdem eine so schlechte Konjunktur herrschte, und trotz des Berliner Kampfes im vorigen Jahre, der uns mit seiner unangenehm tiefen in diesem Jahre großen Schaden zugefügt hat. Die Anerkennung der Organisation, die Erlämpfung der Gleichberechtigung, sind Erfolge, die mitunter höher angerechnet werden müssen, als einige Pfennige Lohnerhöhung. Einen anderen Weg zu gehen, als die Anerkennung des Existenzkampfes, war für uns eine Unmöglichkeit. Waren wir in den Kampf eingetreten, und bestanden wir für uns verloren an, so wäre dieses gleichbedeutend gewesen mit der Zerstückelung der bestehenden

Tarifverträge. Um aber größeren Kämpfen erfolgreich Widerstand entgegenzusetzen zu können, müssen wir unser Kassenwesen weiter ausbauen. Die Mitglieder müssen immer mehr Opferwilligkeit zeigen, dann kann die Organisation, auch in Zeiten schlechter Konjunktur für uns größere Erfolge erzielen, als das in diesem Jahre der Fall war. In der Diskussion sagte Kollege Jacobi, daß die Abschließung von Arbeitsverträgen nicht mehr wie bisher zwischen Arbeiter und Unternehmer eines Ortes stattfinden würde, sondern in der Zukunft nur noch in großem Maßstab von Organisationen zu Organisation. Den Mitgliedern müßte man klar machen, daß mit dem alten Verhältnis gebrochen werden muß. Es ist nach dem jetzigen Tarifabschluß eine neue Ära in der Organisation des deutschen Baugewerbes angebrochen. In diese müßten wir uns hineinleben. Das dritte Thema, Agitation, behandelte unser neuer Bezirksleiter Kollege Müller. Von den Vorstandsmitgliedern ausgehend, betonte er ganz besonders, daß diejenigen, die dazu gewählt wurden, nicht den Namen nach, sondern auch in der Tat imstande seien, die Zahl- oder Verwaltungsstelle nach Innen und Außen auszubauen. Wenn bei den Vorstandsmitgliedern ein guter und einträchtiger Geist herrscht, so ist dieses bei den Mitgliedern auch der Fall. Ein weiterer wichtiger Faktor, um in der Agitation weiter zu kommen, ist, daß wir uns sichere und intelligente Hauskassierer anstellen. Schlechte Hauskassierer können ganze Zahlstellen ruinieren. Das Baudelegiertenwesen müßte besser ausgebaut werden, und sind zu diesen Funktionen nur die besten und tüchtigsten Arbeiter zu wählen. Ferner sei die Durchführung der Zentralisation eine unbedingte Notwendigkeit, ebenso die Einführung der Agitationsbezirke. Dann sollte man nicht so zurückhaltend den Genossen gegenüber sein, weil dieselben uns gegenüber auch nicht so human sind. Durch die Bewegung dieses Jahres ist unsere Organisation an Aufsehen gewaltig gewachsen, weil die christlich-nationale Arbeiterbewegung auf dem Robert des Gesetzes und der bestehenden Gesellschaftsordnung aufgebaut ist. Im Schlußwort nahm nun unser bisheriger Bezirksleiter Jumbroff in bewegten Worten Abschied, uns nochmals dazu ermahnd, jeden Arbeiter der christlich-nationalen Sache zuzuführen. Wenn er dann später aus der Baugewerkschaft, oder von seinem Nachfolger, dem Kollegen Müller, höre, daß der Bezirk immer weiter gute Fortschritte mache, dann sei dies der beste Dank und die größte Freude die ihm die Mitglieder zuteil werden lassen könnten. Dann mögen die Mitglieder dem Kollegen Müller dasselbe Vertrauen entgegenbringen, das er in den 2 1/2 Jahren befehlen habe. Hierauf wurde die Konferenz um 6 Uhr geschlossen.

**Paderborn.** (Bauarbeiter-schutz.) Seit dem Jahre 1902 haben die baugewerblichen Arbeiter versucht, die schlechten Verhältnisse auf den Bauten zu bessern. Zu wiederholten Malen wurde an die Stadtverwaltung herantreten und um Erlass einer Verordnung, welche Leben und Gesundheit der am Bau beschäftigten Arbeiter sicherstellt, gebeten. Die hiesige Stadtverwaltung schickte daraufhin wohl einen Polizisten herum, der die Arbeiter auffordern mußte, ordnungsmäßige Bauten und Aborte herzustellen, aber es wurde nicht viel besser. Im Jahre 1906 wandten sich die Kollegen an die Regierung in Minden und ersuchten um eine Verordnung für den Bauarbeiter-schutz, welche den Regierungsbezirk Minden umfassen sollte. Nach ungefähr fünf Monaten kam endlich Antwort zurück. In dem Antwortschreiben der Regierung wurde angegeben, daß kein Bedürfnis vorliege, für den ganzen Regierungsbezirk Minden eine Verordnung über den Bauarbeiter-schutz zu erlassen. Es sei Aufgabe der Gemeinden, für genügenden Schutz der Arbeiter auf den Baustellen zu sorgen. Gestützt auf das Schreiben der Regierung wurde vom Sekretariat der christlichen Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter im September 1907 erneut eine Eingabe an den Magistrat der Stadt Paderborn gemacht. Eine Antwort kam nicht zurück. Daraufhin hielten wir eine öffentliche Versammlung ab, um die Zustände noch einmal klarzulegen. Zu dieser Versammlung waren auch einige Stadtverordnete erschienen, um sich über die behandelte Frage zu orientieren. An Hand beweiskräftiger Materialien schilderte der Bezirksleiter Kollege Werner die unhaltbaren Zustände auf den Baustellen. Ein direkter Erfolg war zu verzeichnen, denn nunmehr ging die Polizei entschieden schärfer vor. Es sei hierbei bemerkt, daß einige Arbeitgeber bestrebt waren, den Willkür der Arbeiter gerecht zu werden. Die Stadtverwaltung befaßte sich nun ebenfalls mit der Sache, und am 4. Dezember 1907 wurde eine Polizeiverordnung betreffs Arbeiterfürsorge auf Bauten festgelegt. Am 21. Juli 1908 wurde dieselbe veröffentlicht und geben wir den Wortlaut derselben zur Kenntnis der Mitglieder.

**Polizei-Verordnung**  
betreffs  
**Arbeiter-Fürsorge auf Bauten.**

Auf Grund der §§ 5, 6 und 15 des Polizei-Verwaltungs-Gesetzes vom 11. März 1850 und des § 143 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird nach erfolgter Zustimmung des Magistrats für den Bezirk der Stadt Paderborn zum Schutz der Arbeiter auf Bauten folgende Polizei-Verordnung erlassen:

**§ 1**

- Die Bestimmungen unter § 2 bis 6 finden Anwendung
- a) bei Hochbauten, wern ausschließlich der Poliere und Lehrlinge mehr als 20 Personen zur Zeit der Rohbauausführung gleichzeitig auf dem Bau beschäftigt sind; während der Rohbauausführung vorübergehend beschäftigte Arbeiter, wie Zimmerleute und Sticker, werden nicht in diese Zahl eingerechnet,
  - b) bei Tiefbauten, welche von Unternehmern ausgeführt werden, wenn an einer bestimmten Stelle des Baues mehr als acht Personen länger als eine Woche gleichzeitig beschäftigt sind.

**§ 2**

Zur Benutzung während der Arbeitspausen und bei ungünstiger Witterung, sowie zur Aufbewahrung von Kleibern, Lebensmitteln und Geschirre muß für die an Bauten beschäftigten Arbeiter ein alzeit nicht umschlossener, mit Fenstern genügend versehener, luftbarer Unterluftraum geschaffen werden, der mindestens 20 Zentimeter über dem Erdboden liegt, im Mittel mindestens 2,20 Meter im Lichten hoch sein muß, und dessen Grundfläche derart zu bemessen ist, daß auf jeden am Bau dauernd beschäftigten Arbeiter (Biffer 1) eine Fläche von mindestens 0,75 Quadratmeter entfällt.

Der Unterluftraum muß mit festem Dielenfußboden versehen und in der kälteren Jahreszeit heizbar sein. Für die dauernd auf dem Bau beschäftigten Arbeiter sind in den Unterluftraumen Sitzplätze zur Verfügung zu stellen. Auch muß ihnen auf der Baustelle die Möglichkeit gegeben sein, Speisen und Getränke zu erwärmen.

Baumaterialien irgendwelcher Art dürfen in den Unterluftraumen nicht gelagert werden.

Bei Tiefbauten müssen diese Räume so belegen sein, daß der Beschäftigtenort eines jeden Arbeiters von der Unterluftraumfläche der Regel nach höchstens 750 Meter entfernt ist.

Für schwimmende Unterluftraume findet die Vorschrift über die notwendige Höhe keine Anwendung.

**§ 3**

Bei Bauausführungen (vergleiche Biffer 1) müssen für die Arbeiter Aborte in solcher Anzahl vorhanden sein, daß ein Stübchen mehreren Eigen sind. Es bedürfen anzubringing

Für am Bau Beschäftigte Frauen sind besondere Bedürfnis-Anforderungen zu berücksichtigen.

Die Aborte müssen mindestens 10 Meter von Brunnen entfernt und möglichst entlegen von den Unterkunftsräumen (Büßer 2), der Regel nach mindestens 6 Meter davon entfernt, aufgestellt werden; sie müssen genügend hell und derart eingerichtet sein, daß von außen nicht hineingesehen werden kann.

Die Aborte dürfen keine durchlässigen Gruben erhalten. Es müssen wasserdichte Tonnen, welche nach Bedarf fortzuschaffen und durch Leere, mittels Kalkanstrichs desinfizierte Tonnen zu ersetzen sind, aufgestellt werden. Die Tonnen sind durch Sitz- und Stößbretter zu verdecken.

Bei freier, von Wohngebäuden entfernter Lage der Baustellen kann die Herstellung einer Erdgrube gestattet werden.

Bei den für die Arbeiter bestimmten Aborten ist ein Pissoir anzulegen. Außerdem ist in jedem Geschosse der Bauausführung ein Urineimer aufzustellen.

Die Unterkunftsräume und die Aborte sind stets in reinlichem Zustande zu erhalten.

Die Urineimer und die Behälter für die Pissoirs sind nach Bedarf, mindestens täglich, zu entleeren. Die Aborte und Pissoirs sind nach Erfordernis zu desinfizieren.

Auf jeder Baustelle ist gutes Trinkwasser bereitzuhalten.

Vom 1. November bis 1. April dürfen Stuckateur-, Maler-, Putzer- und Töpferarbeiten in Neubauten nur dann ausgeführt werden, wenn die Räume, in denen gearbeitet wird, durch Türen und Fenster verschlossen sind.

Die nur vorläufige Anbringung derartiger Verschlässe ist für genügend zu erachten.

In Räumen, in denen offene Koksfeuer ohne Ableitung der entstehenden Gase brennen, darf nicht gearbeitet werden. Solche Räume sind gegen andere, in denen gearbeitet wird, dicht abzuschließen. Sie dürfen nur vorübergehend von den die Koksarbeit beaufsichtigenden Personen betreten werden.

Zu widerstandsfähigen gegen obige Vorschriften werden mit Geldstrafen bis zu 9 M., im Unermöglichen mit Haft bis zu drei Tagen bestraft.

Diese Polizeiverordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.

**Baderborn, den 4. Dezember 1907. Die Polizeiverwaltung, Müller.**

Beim Durchlesen dieser Verordnung ist zu finden, daß dieselbe sehr mangelhaft ist. Es steht nicht das geringste darin geschrieben von Bauzäunen, Schuttdächern, Gerüsten, Leitern, Leitern und Verbandszeug für Verletzte. Ferner finden wir die Festsetzung der Strafe äußerst gering, denn 9 M. ist ein sehr geringer Satz, daß sich die Herren Arbeitgeber leicht darüber hinwegsetzen. Die Polizeiverordnung von Bielefeld sieht wenigstens 30 M. vor für die Uebertretung von Bauarbeiter-Schutzbestimmungen. Immerhin ist wenigstens der Anfang gemacht und es ist Sache der Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, Stuckateure und Dachbeder, dafür zu sorgen, daß diese Bestimmungen streng durchgeführt werden, denn es ist nunmehr eine gesetzliche Handhabe vorhanden, der sich die Arbeitgeber nicht mehr entziehen können. Ebenfalls muß die Ausführung über die Unfallverhütungsvorschriften der hannoverschen Baugewerkschaften streng durchgeführt werden. Sorgen wir nun durch tatkräftige Agitation unter der gesamten Bauarbeiter-Schaft von Baderborn und Umgegend dafür, daß die Bestimmungen zum Schutze der Bauarbeiter erfüllt werden. Versetze gegen die Bestimmungen sind zu melden beim Sekretariat Ludwigstraße 35.

Wetter a. d. M. Die Christlichen als Streikbrecher, mit diesem Schlagwort glaubt der Genosse Seydewitz, seines Zeichens neugehobener Lokalbeamter Nr. 2 von Hagen, sich jedenfalls einfüllen zu müssen, um sich die ersten Sporen zu verdienen. In Nr. 28 des „Grundstein“ bringt er unter obiger Schlagmarke eine Notiz, nach welcher in Wetter (Ruhr) von unseren Maurern Miesarbeit ausgeführt werde. Wie liegt nun die Sache? Die Firma Biegler führt seit Jahr und Tag selbst die Plattenarbeit aus, so auch hier. Hierzu werden die Maurer verwendet. Nun kommt aber die Firma Biegler gar nicht bei der Lohnbewegung in Frage. Außerdem war es Zementplattendelag, welcher auszuführen war. Daß sich der Genosse Seydewitz über unsern dortigen Vorsitzenden aufregt, wundert uns weiter nicht. Wenn man sich, wie angegeben wird, in einem solchen Zustande auf die Baustellen begibt, dann darf man sich auch als Vertreter der Arbeiter nicht wundern, wenn sich nüchternen Kollegen mit Wischen abwenden. Also mit diesem ersten Geistesprodukt war es mal nichts. Zum Schluß ruft er aus: „Christliche Organisation und Solidarität, o welche Farce!“ Ach, hättest du doch geschwiegen, Onkel Seydewitz, du hättest dann deinem Verband eine Blamage erspart. Wo treibt man beim das größte Possenspiel jetzt in der Miesarbeiterbewegung? Was die Genossen in Oberhausen unter Leitung ihres Lokalbeamten geleistet haben, ist wohl einzig in seiner Art. Der Streik der Miesarbeiter ist bekanntlich auch auf das Oberhauser Gebiet ausgebreitet. Nun haben sich die dortigen Plattenarbeiter von einem Arbeitgeber beschleunigen lassen, daß jeltiger die alten Lohnbedingungen weiterzahlen will, und sind die Genossen jetzt dort lustig weiter am Arbeiten. Selbst der Gauleiter Kahl verurteilt die Sache. Man ist aber nicht in der Lage, die Genossen herauszuziehen. Wehnlich ist es auch so in Hammont gesehen. Nicht wahr, ein schöner Beweis für die Pflege des Solidaritätsgefühls bei den Genossen. Wir wären im Interesse der Miesarbeiterbewegung nicht auf die Sache eingegangen, wenn man nicht in so dummdreister Weise angegriffen hätte. Wenn nun behauptet wird, der Kollege Janßen, soll heißen Janz, habe zugegeben, daß es Streikarbeit sei, so begnügen wir uns damit, eine berartige Unterschiebung einfach niedriger zu hängen. Auch da scheint der Genosse Seydewitz nicht ganz klar gewesen zu sein, als er das schrieb. Er soll weniger Miesarbeiten leisten, damit sein Verband und seine Kollegen klar bleiben, dann kommt er nicht zu berartigen unzutreffenden Behauptungen und er blamiert sich auch nicht wie dieses Mal.

**Maurer und Bauhilfsarbeiter.**

Lübenscheid. Sonnabend den 11. Juli tagte in unserem Verbandslokale die regelmäßige Mitgliederversammlung, zu der unser Lokalbeamter, Janz-Hagen, erschienen war. Der zweite Vorsitzende, Kollege Schilling, eröffnete die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegierten zur Verbandsstellenkommission; 2. Wahl der Schlichtungskommission und der Ersatzmänner; 3. Wahl eines ersten und zweiten Vorsitzenden, sowie eines zweiten Schriftführers; 4. Bericht des Kollege Jos. Schilling wurde als Delegierter zur Verbandsstellenkommission gewählt. Des weiteren wurde beschlossen, daß die Kollegen von Mühlentramede ebenfalls einen Delegierten zur Verbandsstellenkommission entsenden. In die Schlichtungskommission wurden die Kollegen Janz und Becker, die Ersatzmänner die Kollegen Jakob Dahmer und Gottfried Michel gewählt. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Jos. Schilling gewählt, welcher dankend die Wahl annahm, zum zweiten Vorsitzenden Kollege Jakob Dahmer, zum dritten

Schriftführer Kollege Johann Krimmesheine. Zum Punkt Bericht des Kollege Schilling wurde der neugewählte Vorsitzende die Mitglieder, die Versammlungen eifrig und vollzählig zu besuchen. Er legte ihnen besonders warm ans Herz, alle Baueisen fahren zu lassen, denn nur durch eifriges Wirken und Zusammenhalten ließ sich am besten die Aufgabe des Verbandes durchführen. Mit einem kräftigen Hoch für das Gelingen und Gedeihen unseres Verbandes wurde die Versammlung geschlossen.

**Steinarbeiter.**

Neumagen. Am 7. ds. tagte hier eine gut besuchte und interessante Versammlung. Es galt Klärung zu erhalten, inwieweit die Organisation bei niedrigergehender Konjunktur helfen eingreifen kann. Bezirksleiter, Kollege Lange, hielt ein Referat über Krisis und Gewerkschaften. Er schilderte in interessanter Weise die Ursachen der heutigen wirtschaftlichen Krise. Die durch großen Schwund in Amerika erfolgten Bankcrashes haben zunächst das amerikanische Wirtschaftsleben erschüttert und uns mit hineingezogen. Das Vertrauen zu den Banken habe dadurch auch in Deutschland schwer gelitten und infolgedessen die Geldgeber allzu große Sicherheit verlangt. Durch die große Geldknappheit sei der Zinssfuß auf über 7 1/2% gestiegen. Auch der Staat leidet darunter. Durch die verminderten Einnahmen der Eisenbahn sei der Eisenbahnzins nicht in der Lage, wie in den Vorjahren, Arbeiter zu vergeben. Der Eisenbahnzins sei der größte Abnehmer in der Steinindustrie. Verteilte unsere Politik und schwindende Kriegserlöse tragen ebenfalls zur Verschärfung des bestehenden Zustandes bei. Wenn auch alle Stände unter der Krisis leiden, so treffe es den Arbeiter doppelt schwer, da der Arbeitslohn sein tägliches Brot sei. Die Arbeitslosigkeit nehme dem Arbeiter die Existenzmöglichkeit. Zum Glück hätten die Arbeiterorganisationen eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit durchgesetzt, so daß mehr Arbeiter beschäftigt werden können. Die Organisation könne durch eine genügende Kontrolle, statistische Aufnahmen, die Behörden und die Regierung veranlassen, Maßnahmen zur Milderung der Arbeitslosigkeit zu treffen. Des weiteren könne die Organisation durch einen zentralisierten Arbeitsnachweis Arbeit vermitteln. Da die Organisationen eine Arbeitslosenversicherung allein nicht durchführen können, so müßte der Staat helfend eingreifen. Durch Errichtung von Arbeits- oder Arbeiterkammern würde der Staat eine bessere Überlicht über die Produktion und die ganze Lage erhalten, und so durch Ausführung von Notstandsarbeiten helfend eingreifen können. Ohne Organisation würden die deutschen Arbeiter ohne jeden Schutz dastehen und würden die Löhne zweifellos ganz enorm gedrückt werden. Das müßte auch den Unorganisierten einleuchten. Gerade jetzt sei es Zeit, sich zu sammeln, damit bei aufsteigender Konjunktur der zurückgefallene Pflock wieder aufwärts gesteckt werden könne. In der recht lebhaften Diskussion wurde besonders hervorgehoben, daß die Unternehmer durch Herunterdrücken der Löhne sich schädlos halten wollten, ja teilweise während der Krise erst recht großen Gewinn einstecken möchten. Es wurde hervorgehoben, daß die kleinen Bruchbesitzer nicht so rücksichtslos vorgehen wie die großen Aktiengesellschaften. Die Bergisch-Märkische Steinindustrie hat im Lindlarer Bezirk Massenentlassungen vorgenommen und ebenfalls wieder Lohnabzüge angeknüpft. Der schlechte Geschäftsgang in Lindlar sei in der Hauptsache auf das Material zurückzuführen. Aber auch durch den Massenbezug schwebelichen Gerauts würde der deutschen Steinindustrie großer Schaden zugefügt. Es wurde angeregt, daß in allen Betrieben Arbeiterausschüsse errichtet, und Tarifverträge erstrebt werden sollen. Es wurde darauf hingewiesen, daß Arbeiterausschüsse nur dann segensreich wirken können, wenn hinter dem Arbeiterausschuß eine starke, leistungsfähige Organisation steht. Auch die Erstrebung von Tarifverträgen setze voraus, daß die Steinarbeiter dann alle organisiert sein müßten. Einige Kollegen fragten an, ob der Verband denjenigen Kollegen, die wegen Arbeitsmangel auswärts arbeiten müssen, und dadurch weniger verdienen, diesen Lohnausfall vergütete. Diese Frage mußte verneint werden, da solche Unterstüßungen nicht vorgehen sind, aber auch wohl nie eingeführt werden können. Nach einem Schlußwort des Kollegen Dange wurde die interessante Versammlung geschlossen.

**Aus untern christlichen Verbänden.**

Verbandsstag der christlichen Holzarbeiter. In Anwesenheit von 38 Delegierten und Verbandsfunktionären, sowie unter zahlreicher Beteiligung von Gästen und Mitgliedern fand in den Tagen vom 27. Juni bis 2. Juli in München die fünfte Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands statt. Als Vertreter des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften nahm Generalsekretär Stegerwald an den Verhandlungen teil. Der schweizerische Bruderverband hatte seine Sekretäre Eisele und Greden als Vertreter entsandt; der österreichische Bruderverband war durch seinen Vorsitzenden Schmidt vertreten. Der Bericht des Zentralvorstandes, der vom Verbandsvorsitzenden Kurtscheid erstattet wurde, ergab das Endergebnis der Delegierten mit der Geschäftsführung des Verbandes. Die Massenverhältnisse haben durch die auf dem letzten Verbandsstages in Essen 1908 beschlossene Beitragserhöhung keine Stärkung erfahren. Die damals neu eingeführten und verbesserten bestehenden Unterstüßungen beschlagnahmten die Mehreinnahmen. Remedur muß geschaffen werden in bezug auf die Unterstüßung nichtbezugsberechtigter Mitglieder bei Streiks und Aussperrungen. Die Mitgliederzunahme des Verbandes befriedigt nicht ganz. Die zeitliche Lage des Wirtschaftsmarktes bedeutet die erste schwere Krise für die Entwicklung des Verbandes. Die Beratung der vorliegenden 135 Anträge ergab die Ablehnung sämtlicher Anträge, die auf Neueinführung von Unterstüßungen und die Verbesserung der bestehenden hinfielten. Nur findet in Zukunft eine Aufrechnung des Sterbegeldes mit anderen Unterstüßungen nicht mehr statt. Die Zahlstellen erhalten die Berechtigung, lokale Eintrittsgelder und Beiträge zu erheben. Von den statutarischen Beiträgen für männliche Mitglieder verbleiben in Zukunft 2 Pf. in den Lokalkassen, 5 Pf. sind für die Bezirkssekretariate bestimmt. Die Beiträge für weibliche Mitglieder sind ganz an die Hauptkasse abzuführen. Ein Antrag auf Einführung eines Verbandsaussschusses neben dem Zentralvorstand wurde abgelehnt. Das Organ führt in Zukunft den Titel „Der Holzarbeiter“. Die Quartalsabrechnungen werden in Zukunft nicht mehr im Organ veröffentlicht, sondern gehen den Ortsverbänden gelondert zu. Eine Anzahl Anträge wurde dem Zentralvorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Außerdem wurde der Zentralvorstand beauftragt, jährlich zu insgesamt 500 M. Zuschüsse an die Teilnehmer von volkswirtschaftlichen Kursen, die Mitglieder des Verbandes sind, zu gewähren. Die Wahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl des bisherigen 1. Vorsitzenden Kurtscheid; als 2. Vorsitzender wurde Hammer-Krefeld gewählt. Als weiterer Beamter an der Hauptstelle wurde Wepers-Rahn bestimmt. Die anregend verlaufenen Verhandlungen schlossen mit einem Vortrage des Vorsitzenden über die Tarifbewegung in der deutschen Holzindustrie.

**Aus Arbeitgeberverbänden.**

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten hielt seine Jahreshauptversammlung am 27. Juni auf dem Rheinisch-Westfälischen Bergbau- und Hüttenwesenstag in Essen ab. Die

den der Öffentlichkeit übermittelten Bericht ist nicht viel zu entnehmen. Wir entnehmen demselben: Der 1. J. des Jahresberichts, der von Herrn Schmiedehaus gegeben wurde, beschäftigte sich mit den wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere mit dem durch die Verhältnisse bedingten Niedergang des Baugewerbes, mit dem neuen großen Einheitsvertrag für das deutsche Reich, dessen Veranlassung der Arbeitgeberbund war und zu dem er die Grundlagen gegeben hatte, ferner mit der veränderten Taktik der Arbeiterorganisationen gegenüber dem Abschluß von großen Verträgen, mit dem Vertragsabschluß mit Lieferanten, insbesondere mit dem wichtigen Vertrag mit dem rhein-westf. Zementfabrikat und endlich mit der weiteren Art und Ausbreitung der Organisation des Arbeitgeberbundes. Aus dem geschäftlichen Teil ist hervorzuheben, daß der Arbeitgeberbund auch im abgelaufenen Jahre bedeutend an Umfang und Mitgliederzahl gewonnen hat. Die Zahl der Verbände ist von 69 auf 82 angewachsen, wodurch sich die Mitgliederzahl um 420 erhöhte. Einige der neuen Verbände sind durch Schwierigkeiten mit den Arbeiterorganisationen zum Anschluß veranlaßt worden, während die Mehrzahl der übrigen durch die Agitationsstätigkeit der Geschäftsstelle gewonnen wurden. Die Bestrebungen zur Einführung von Mindestpreisen sind auch im Jahre 1907 eifrig gefördert worden und haben stellenweise gute Erfolge gezeitigt. An die Behörden und Architekten sind wiederholt Eingaben gerichtet worden um Anerkennung ausgefallter Mindestpreise, Verbesserung der Submissionsbestimmungen und um Einführung der vom Arbeitgeberbund aufgestellten Kostenausschlagstaxe. Versammlungen und Sitzungen haben 25 stattgefunden. Auslandsbewegungen größeren Umfangs innerhalb des Arbeitgeberbundes waren im abgelaufenen Jahre mit Rücksicht auf den Vertrag nicht zu verzeichnen. Wohl aber ist es an verschiedenen Orten zu Differenzen und Schwierigkeiten gekommen, die teils durch Eingreifen der Geschäftsstelle, teils durch die Schlichtungskommission oder das Einigungsamt ihre Erledigung fanden. Streiks, die in den Orten Düsseldorf und Umgegend (Marmorarbeiter) und Dortmund (Klempner- und Installateurgesellen) ausgebrochen waren, sind, nachdem es durch Vermittlung des Arbeitgeberbundes zum Verträge gekommen war, erledigt worden.

Der 2. Verbandsstag der Dachdeckermeister im rheinisch-westfälischen Industriegebiet tagte, wie wir der Gafedomscher Dachdeckerzeitung entnehmen, in Duisburg am 13. Juli in der städtischen Konzalle. Vertreten waren alle Ortsvereine der größeren Orte. Der Verband hat den Anschluß an den Zentralverband vollzogen. Am 1. Januar umfaßte er 12 Ortsvereine, außerdem gehörten 125 Lieferanten dem Verbande an. Mit dem hergesehen, dem Kölner und südwestdeutschen Verband wurde ein Solidaritätsverhältnis eingegangen. Als nächster Tagungsort wurde Essen gewählt. Beschlossen wurde auf Antrag Necklinghausen-Herne, ab 1. Januar 1909 einen Verbandssekretär anzustellen. Die Stelle soll öffentlich ausgeschrieben werden. Die Anträge des Verbandes bei den Sektionen Münster, Dortmund, Elberfeld der Baugewerkschaftsgenossenschaft auf Verabsiegung der Beiträge sind nach Mitteilung des Vorsitzenden abgelehnt worden. Der Direktor des Arbeitgeberbundes Schmiedehaus-Essen berichtete über die Verhandlungen mit den Arbeitnehmern und bemerkte einleitend, daß möglicherweise im Stauffenberg am 18. Juli eine Aussperrung erwartet werden könne. Im Dachdeckerberuf sei ein Schiedspruch ergangen, nachdem sich beide Parteien bereit erklärt hatten, sich dem Schiedsrichter zu unterwerfen. Dieser ergangene Schiedspruch stütze sich besonders darauf, daß eine Verschlechterung nicht eintreten soll. Für 1908 war eine Erhöhung der Löhne infolge der schlechten Konjunktur nicht angängig, dagegen wurde für 1909 eine Erhöhung in den meisten Fällen vorgenommen. Die Zentralverbände christlicher Bauhandwerker aus Essen, Dortmund, Bochum, Necklinghausen, Herne haben gegen den Schiedspruch Einspruch erhoben. Die Versammlung beschloß, sich auf den Boden des zu Recht bestehenden Schiedspruches zu stellen und sich auf erneute Verhandlungen nicht einzulassen.

**Volkswirtschaftliches u. Soziales.**

Barzahlung und Borgwirtschaft im Detailhandel. Zu einer ständigen Erscheinung der Detailisten und selbständigen Handwerker gehören die Klagen über das lange Kredittreiben im Detailhandel. Überall werden das langfristige Borgen, die Ausfälle, die damit zusammenhängen, und die ganze geschäftliche Unsicherheit, die daraus herborgeht, als die schlimmsten Uebel im Erwerbsleben bezeichnet. Aus diesem Grunde wendet sich die Handelskammer in Kassel in einer besonderen Aufforderung an das Publikum, in der dieses erjucht wird, möglichst bar zu bezahlen oder nur einen kurzfristigen Kredit in Anspruch zu nehmen. Das Publikum wird dabei noch darauf hingewiesen, daß jetzt die Detailisten meistens einer festen Vereinigung von Großhändlern und Fabrikanten gegenüberstehen und daß diese Konventionen der Fabrikanten und Großhändler streng auf Einhaltung der Zahlungsziele sehen; hat der Detailist zu viele Ausfälle, so ist er bei Vergleichung der Wareneinnahmen auf Bankkredit angewiesen, durch den dabei notwendigen Aufwand an Zinsen wird aber wieder ein ansehnlicher Teil des Verdienstes aufgezehrt. Es gibt Geschäftsleute, die 50 Prozent und mehr ihres Umsatzes auf langfristige Kredite fortgegeben haben. Mit der Mahnung an das Publikum zur Barzahlung werden zugleich auch die Detailkaufleute ermahnt, allzulange Zahlungsziele nicht mehr zuzugestehen und mindestens alle Vierteljahre einmal die Rechnung auszuschreiben.

Ein Krankentassen-Zweckverband in Berlin. Da die kleinen Krankentassen ihren Mitgliedern vieles von dem nicht bieten können, was die großen Krankentassen zu leisten imstande sind, wollen sich einige Krankentassen Berlins und der Vororte zu einem Zweckverband zusammenschließen. Neben sonstigen Verbesserungen, die dadurch für die erkrankten Mitglieder erreicht werden sollen, soll der Zweckverband geschaffen werden, um eigene Erholungsheime zu errichten. Von den größeren Krankentassen Deutschlands sind schon verschiedentlich solche Erholungsheime außerhalb der Städte und inmitten einer gefunden Lage geschaffen worden.

Die Frauarbeit in der preussischen Industrie. Nach den statistischen Ausweisen ist die Gesamtzahl der gewerblichen Arbeiter im Jahre 1907 gegen 1906 um 83 325, die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte um 27 570 gestiegen. Die Zunahme beträgt 2,78%. Die Gesamtzahl der weiblichen Arbeiterinnen beträgt 637 929, das sind 4,52% mehr. Stellt man die beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte nach Altersgruppen zusammen, und zwar im folgenden Bild:

Anzahl der Arbeiterinnen überhaupt	1904	1907	Zunahme in 1907%
über 21 Jahre alten Arbeiterinnen	554 026	637 929	15,14
16 bis 21 Jahre alten Arbeiterinnen	286 694	326 100	13,74
16 bis 21 Jahre alten Arbeiterinnen	201 044	236 855	17,81
jünglichen Arbeiterinnen	65 392	75 570	15,56
weiblichen Kinder	896	1 159	29,35

In den der Gewerbeinspektion unterstellten Fabrikbetrieben waren 1904 2 704 945 Personen beschäftigt; im Jahre 1907 war die Zahl um 364 553 höher; die Zunahme beträgt 13,47%. Das Anwachsen der weiblichen Arbeitskräfte war demnach bedeutend stärker als die Steigerung der Zahl der Beschäftigten überhaupt. In den obigen Angaben sind nicht enthalten die im Bergbau beschäftigten Arbeiterinnen. deren Zahl

